

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Lokalausgabe:
 Monatlich, vom Volkshaus abgeholt
 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Lungarn
 3.— RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Bestand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.80 RM.
 Goldbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die feinsten Anzeigenblätter
 50 Bg. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 30 Bg. (zünftig
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Bg. Stellenanzeigen und
 Schiffsstellenanzeigen das erste Wort
 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg.
 Horze über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 60 Bg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 G. H. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 2. Juli 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schweres Ringen auf der Hochfläche von Schlegien.

Die Beute seit 21. März: 191 454 Gefangene, 2476 Geschütze, 15 024 Maschinengewehre — Rege feindliche Erkundungstätigkeit an der Arrasfront und zwischen Aisne und Marne — Französischer Angriff bei St. Pierre-Aigle.

Berlin, 1. Juli 1918, abends Amtlich.
 Bestimmte Teilkämpfe südlich des Scarpa.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Juli 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Oberstgruppenkommando Kronprinz Rupprecht.

Die Gesichtstätigkeit lebte am Abend an vielen Stellen der Front auf. Lebhafteste Erkundungstätigkeit hält an. Englische Teilkämpfe südlich von Albert wurden abgewiesen.

Oberstgruppenkommando Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne rege Tätigkeit des Feindes. Mehrfach stieß Infanterie zu starken Erkundungen vor. Bei und südlich von St. Pierre-Aigle griff der Feind gegen Mittag nach heftiger Feuerbereitschaft an. Er wurde abgewiesen. Ebenso scheiterten hier nachfolgende Vorstöße des Feindes.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 32. Luftsieg.

Nach Abschluß der Prüfungen beträgt die Zahl der seit Beginn unserer Angriffskämpfe — 21. März 1918 — bisher über unsere Sammelstellen abgeführten, Gefangenen (anschließlich der durch die Krankenanstalten zurückgeführten Verwundeten):

191 454.

Davon haben die Engländer 94 939 Gefangene, darunter 4 Generale und etwa 3100 Offiziere, die Franzosen 89 099 Gefangene, darunter 2 Generale, und etwa 3100 Offiziere verloren. Der Rest verteilt sich auf Portugiesen, Belgier und Amerikaner.

Von den Schlachtfeldern wurden bisher 2476 Geschütze und 15 024 Maschinengewehre in die Beutesammelstellen zurückgeführt.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

In der Zahl von 191 454 Gefangenen sind, wie der Generalsbericht hervorhebt, lediglich die unverwundeten Gefangenen inbegriffen. Zählt man die verwundeten Gefangenen hinzu, so steigt die Gefangenenzahl, wie ergänzend gemeldet wird, um Tausende über das zweite Hunderttausend. Bei der Schnelligkeit, mit der die deutschen Sturmtruppen vordrangen, fiel ein großer Teil der feindlichen Verwundeten in deutsche Hand. Die gemeldete Beute an Geschützen und Maschinengewehren umfaßt gleichfalls nicht die englisch-französischen Gesamtverluste. Geschütze und Maschinengewehre fielen an zahlreichen Stellen den deutschen Eroberern nicht nur völlig unverletzt in die Hände, sondern auch mit allem Zubehör, Nachmitteln, Proben, Verspannungen und vor allem mit überreicher Munitionsausstattung. Hunderte von Geschützen, laufende von Maschinengewehren wurden so von der kämpfenden Truppe unmittelbar in Gebrauch genommen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Juli 1918. Amtlich wiederverlautbart:
 Südlich von Asiago kam es erneut zu heftigen Kämpfen. Da der Col del Rosso und der Monte di Val Bella sich nur unter großen Opfern hätten behaupten lassen, wurden die Besatzungen dieser Punkte in die frühere Hauptstellung am Walde von Steufe zurückgenommen.
 Südlich von Canova bei Asiago wiesen wir feindliche Erkundungen ab.
 Unsere Land- und Seeflieger unternahmen im Wandungsgebiet der Piave erfolgreiche Flüge gegen militärische Anlagen des Feindes und kehrten vollständig zurück.
 Der Chef des Generalstabes.

Die Erkundungskämpfe im Westen.

Berlin, 1. Juli. (W. Z. B.) Die Nervosität der deutschen Heeresleitung hält an. An der gesamten Front vom Neuport-Kanal bis Mülhausen suchte sie am 30. Juni und in der Nacht zum 1. Juli durch Vorstöße von Patrouillen und Erkundungsabteilungen Einblick in die deutschen Abteilungen zu bekommen. An der Amiensfront versuchten Engländer und Franzosen bei Albert und Castel durch größere Vorstöße ihre Linien zu verbessern. In allen Stellen wurde der Angreifer verlustreich im Sandgraben- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen, aber im Gegenschlag völlig zurückgeschlagen. Gefangene blieben zahlreich in deutscher Hand.

Der holländische Geleitzug und die deutschen Farbstoffe.

Die holländische Regierung gibt in einer langen Erklärung bekannt, daß der Verlauf der sich nun über mehrere Monate hinziehenden Verhandlungen mit England wegen Abführung eines holländischen Geleitzuges nach Niederländisch-Indien sie zum Nachgeben in einer Frage gezwungen hat, die nicht nur für sie, sondern auch für die deutsche Industrie wichtig ist.

Ein Geleitzug sollte vornehmlich Regierungsbeamte und staatliche Güter nach Indien bringen. Nach Ueberwindung der Schwierigkeiten, die zunächst der Abführung eines Geleitzuges überhaupt bereitet wurden (neutralen Staaten könne das Recht der Geleitzug von Handelsdampfern nicht zuerkannt werden), wurde ein Kapitel der Schwierigkeiten wegen des Transportes deutscher Farbstoffe eröffnet. Die englische Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß sie gegen solchen Transport an und für sich keine Einwendung erheben würde, wenn sie sich überzeugen könnte, daß die Farbstoffe nicht aus anderen als feindlichen Ländern bezogen werden könnten. Daß der holländische Geleitzug nicht zur Abfahrt gelangte, hing mit dem Einschleppen der Entscheidung in dieser Frage zusammen, und jetzt hat die holländische Regierung erklärt, aus einer englischen Antwort vom 29. Juni ergebe sich, daß keine Uebereinstimmung erzielt werden konnte. Daraus aber zieht sie die Folgerung, daß die deutschen Farbstoffe wieder ausgeladen werden müssen, um endlich ein Abfahren des Geleitzuges möglich werden zu lassen.

Ein neuer Gewaltakt also, der den Handelskrieg der Entente und in diesem Fall besonders Englands gegen die Neutralen kennzeichnet. Um die Verbindung mit seinem indischen Kolonialbesitz zu sichern, entscheidet sich Holland für ein Unterdrücken unter die Faust des englischen Seeabsolutismus.

Daß der eben erfolgte Rücktritt des holländischen Marineministers, des Konteradmirals Ramboonet, mit diesem Entschluß der Regierung zusammenhängt, wird in holländischen Blättern offen ausgesprochen und bitter glossiert. In der Amsterdamer „Toekomst“ wird gesagt: „England greift einfach ein, als ob wir die Republik Liberia oder ein kleiner mittelamerikanischer Banditenstaat wären... Der Verband droht und wir geben nach.“ Das Blatt sagt, die Liquidation Hollands sei in vollem Gange.

Morgen finden in Holland die Wahlen zur Zweiten Kammer statt, die nach dem neuen Wahlgesetz — bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht mit Stimmpflicht und nach dem Verhältnisssystem — vollzogen werden. Eine Rede, die Troelstra vor einigen Tagen hielt, ließ erkennen, wie sehr die internationale Politik Hollands, insbesondere seine Stellung zwischen England und Deutschland, die Geister im Wahlkampf beschäftigt.

Budgetabstimmung in der französischen Kammer.

Die Sozialisten fordern Bekanntgabe der Kriegsziele.
 Bern, 1. Juli. Bei der Erörterung der provisorischen Budgetabstimmung in der französischen Kammer am vergangenen Donnerstag gab Mistrail namens der Sozialisten folgende Erklärung ab: Wir wollen die Abstimmung über das Budget nicht verzögern und werden deswegen eine Debatte über die äußere Politik nicht aufwerfen. Wir behalten uns dies für später vor.
 Mistrail verlas sodann ein Manifest der Confédération Générale du Travail und wies nachdrücklich auf die Forderung des Manifestes bezüglich der Bekanntgabe der Kriegsziele hin, wobei er sagte, es werde bald die Initiative zur Erörterung des Manifestes in der Kammer ergriffen werden, was lebhaften Beifall bei der äußersten Linken auslöste; rechts wurden Protestrufe laut.
 Die provisorischen Zwölftel wurden schließlich mit 481 gegen 2 Stimmen angenommen.

Schiffahrt und Schiffbau.

Von Paul Müller (Hamburg).

Der Besuch, den der Deutsche Reichstag in so stattlicher Zahl am 15. und 16. Juni Hamburg als der Metropole der deutschen Schiffahrt und des deutschen Schiffbaus zu Studienzwecken machte, hat das Augenmerk der großen deutschen Öffentlichkeit nicht nur auf die ungeheure national- und weltwirtschaftliche Bedeutung, sondern auch auf die durch den Weltkrieg 1914—1918 erklärlicherweise stark beeinträchtigte Lage der deutschen Seeschiffahrt und des deutschen Schiffbaus gerichtet.

Ueber die national- und weltwirtschaftliche Bedeutung der deutschen Seeschiffahrt und des deutschen Schiffbaus in Friedenszeiten konnten Zweifel nicht bestehen, was bei dem Umfang und Einfluß dieser Industrie erklärlich ist. Ueber ihre gegenwärtige Lage machen sich weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit in den verschiedensten Richtungen falsche und irrige Vorstellungen, denen zu begegnen wir aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen heraus dringend erwünscht erscheint.

Die Lage der (neun Zehntel der deutschen Reederei überhaupt repräsentierenden) Großreederei in Hamburg und Bremen während des Krieges ist der großen Öffentlichkeit deshalb unbekannt geblieben, weil die sämtlichen Großreedereien — und zwar nicht nur in Hamburg und Bremen — von der Verpflichtung zur Vorlage ihrer Jahresabschlüsse in den Kriegsjahren 1914—1917 von der Regierung entbunden worden sind. Feststellen will ich aber, daß die gesamten deutschen transatlantischen Groß- und auch die Mittelreedereien unter dem Druck des Krieges ungemein schwer zu leiden haben. Zur Illustration diene die Feststellung, daß abgesehen von den riesigen Schiffs- und Schiffsraumverlusten, Großreedereien, die in den letzten Friedensjahren Durchschnittsdividenden von 5—6 Proz. erzielten, in den Kriegsjahren größtenteils mit erheblichen Verlusten arbeiten oder im günstigsten Falle Dividenden bis zu 3 Proz. erzielen, die in den meisten Fällen nicht durch Handelschiffahrt, sondern durch anderweitige geschäftliche Unternehmungen erzielt sind. Die Schiffahrt, die sie betreiben, betreiben sie entweder mit Verlust oder mit Gewinnen, die nur die Betriebsunkosten decken, da diese namentlich für Großreedereien mit Riesenschiffen, die sich für die Nord- und Ostseefahrt recht wenig eignen, enorm gestiegen sind.

Wenn trotzdem die allermeisten deutschen Reedereien an nicht unwesentliche Erhöhungen ihres Aktienkapitals herantreten sind oder herantreten müssen, so nicht zuletzt deshalb, weil sie mit ihrem bisherigen Aktienkapital trotz der ihnen nach dem Wiederaufbaugesetz zukommenden Reichsbeiträgen einen durchgreifenden Wiederaufbau ihres Schiffsparks bei den heute und nach dem Kriege herrschenden — um 300 bis 350 Proz. gestiegenen — Schiffspreisen nicht herantreiben können. Der Wiederaufbau der deutschen — namentlich transatlantischen — Handelsflotte wird den Reedereien trotz der Reichsbeiträgen größere Lasten aufbürden, als sie der Neubau der verlorenen deutschen Handelsflotte in Friedenszeiten ausmachte.

Wenn trotzdem auf dem deutschen Geldmarkte eine zeitweilige tollkühne Spekulation auf Schiffahrtsaktien einsetzt, so haben die Großreedereien diese unfinnigen Wertenänderungen weder ingeniert, noch haben sie die Macht, sie zu verhindern. Sie können nicht mehr als heute schon voraussetzen, daß die Spekulanten arge Enttäuschungen erleben werden.

Günstiger als die deutsche Großreederei für transatlantische Fahrten, steht sich in den Kriegsjahren 1916 bis 1917 die Kleinreederei für Nord- und Ostseefahrten, die zumeist ihren Sitz in den Ostseehäfen von Rostock bis Königsberg hat. Auch im Elbe- und Wesergebiet haben einige dieser Reedereien ihren Sitz. In der Fahrt an den deutschen Küsten, nach skandinavischen Häfen, und insbesondere in der Erzfahrt, erzielen sie Frachten und Mieten, die ihnen trotz der hohen Betriebs- und Versicherungskosten einen nicht unerheblichen Nutzen liefern. 15 bis 20 dieser Reedereien konnten 1916 Dividenden von 5 bis 25 Proz. ausschütten, und haben es 1917 auf 10 bis 40 Proz. Dividende gebracht, soweit Aktiengesellschaften in Frage kommen. Die Privat- und Partreederei stand sich nicht weniger günstig. Daneben sind selbstverständlich bei allen diesen Reedereien respektable Abschreibungen gemacht worden.

Der allgemeine Schiffsraumangel, die enorm gestiegenen Schiffsbaupreise und die Spekulation auf hohe Zukunftsprämien, haben auch in Deutschland die Preise für alte Dampf- und Segelschiffe ganz enorm gesteigert: im In- und Auslande. Schiffe zum Friedenspreise von 200 Mark pro Tonne, erzielen heute 6—700 Mark pro Tonne.

Das sind Folgen des Krieges, die nur ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Meeres- und Schiffbauindustrie, ungefähr ein Zehntel der gesamten Meeres- und Schiffbauindustrie, namentlich in den Nordseehäfen, stehen heute vor förmlichen Trümmerhaufen ihrer einstigen maritimen Herrlichkeit.

Blühend hat sich gegenüber der deutschen Großschiffahrt die Lage des deutschen Schiffbaus in den Kriegsjahren 1914—1918 gestaltet. Kaum eine zweite deutsche Industrie befand sich in den letzten Friedensjahren in einer so prekären Lage wie der deutsche Schiffbau, soweit die Gewinnerzielung in Frage kommt. Die Krieg hat darin eine grundstürzende Veränderung bewirkt. Konkurrenzlos produzieren die deutschen Werften fast ausschließlich für die Marine, in Neubau, Umbau und in Reparaturen. Richtig schwellen ihre Aufträge für Neubauten nach dem Kriege an. Ihre Bilanzen nehmen erhebliche Dimensionen an, und Aktionäre deutscher Werften, die in Friedenszeiten sich mit 0—5 Proz. Dividende abspenken lassen mußten, oder gar mit Verlusten zu rechnen hatten und vor der Pleite standen, quittieren heute über Dividenden von 10—20 Proz. bei starken Abschreibungen, beachtlichen Betriebkapitalerhöhungen und riesenhaften Betriebsveränderungen. Die Folge ist, daß lebhafteste Spekulationen in der deutschen Schiffbauindustrie einziehen. Neben den 22 alten deutschen Schiffbauwerken sind bereits 14 neue Werften gegründet und zum Teil bereits im Entstehen begriffen, und die Gründung von 6—7 weiteren neuen Schiffbauwerken steht noch zu erwarten. Also ein reines Gründungsieber.

Ohne Frage: Auch die Zeit nach dem Kriege wird der deutschen Schiffbauindustrie eine glänzende Baukonjunktur für den Handels- und Kriegsschiffbau bringen. Diese Konjunktur kann aber naturgemäß nur für einige 5—6 Jahre anhalten, dann muß ein Sinken der Baukonjunktur eintreten, und der Krach muß über die meisten der heutigen neuen Werftgründungen hereinbrechen, die heute wie Pilze aus der Erde hervorwachsen.

Nach habe hier ein knappes aber getreues Bild von der Lage der deutschen Schiffbauindustrie und des Schiffbaus quasi als Nachwort zu der Hamburger Tagung des Reichstages entworfen. Ernst ist demnach die Lage der deutschen Meeres- und Schiffbauindustrie, und zum mindesten zweifelhaft sind ihre Zukunftsaussichten, namentlich wenn wir uns die wirtschaftlichen Kriegsziele der Entente vor Augen führen, die sehr ernste Miene macht, dem Waffenkrieg in einem Wirtschaftskrieg ein äußerst bedenkliches Nachspiel zu geben.

Das sind Tatsachen und Möglichkeiten, auf die Regierung und Reichstag bei ihren zu treffenden Maßnahmen der Schiffbauindustrie gegenüber auch im Interesse der Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen haben.

Die Monarchiefrage Finnlands.

Einwurf gegen Eduard Davids.

Stockholm, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Helsingfors wird gemeldet: Senator Evinhusud erklärt gegen den finnischen Reichstagsabgeordneten Dr. David, Ursache des Aufstandes in Finnland seien nicht monarchistische Pläne der Bourgeoisie, denn der Senat schlug im Dezember die republikanische Regierungsform vor. Die Entscheidung lag bei den sozialistischen Landtagsmännern, welche den Aufstand vorzogen. Vorher dachte niemand in Finnland an ein Königtum. „Futurstadt-Blad“ fügt hinzu, David heiße selber ein Volkskönigtum in Deutschland gut. Die auf Grund des nationaldemokratischen Wahlsystems gewählten Sozialisten seien nicht vom Landtage ausgeschlossen.

Gegen Evinhusud ist einzuwenden, daß die Sozialisten nicht den Aufstand vorzogen, sondern ablehnten und erst, als dieser vollzogene Tatsache war, eine Regierung bildeten. „Futurstadt-Blad“ argumentiert sophistisch, da im Landtag nur zwei Sozialisten übrig blieben, die übrigen aber teilweise verhaftet sind. Tatsache ist, daß der Landtag jetzt statt 200 110 Mitglieder hat, wovon fast die Hälfte republikanisch ist.

Die finnischen Monarchisten haben die Hoffnung aufgegeben, die Monarchie derzeit durchzusetzen, da selbst im jetzigen zusammengekommenen Landtag nur 59 Abgeordnete für Monarchie sind, was die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit ausschließt. Ein Referendum ist eben darum schwierig, besonders da die Monarchisten selbst einen republikanischen Ausgang des Referendums befürchten. Darum halten die schwedischen Finnen, welche mit den Finnen die Monarchie verfechten, eine Königswahl vor 1920 für unmöglich. Die Anwendung der von Seiten der Rechten vorgebrachten juristischen Konstruktion, daß Finnland gemäß der Verfassung von 1772 noch Monarchie sei und der König einfach gewählt werden könne, ohne die Verfassung abzuändern, ließe auf einen Staatsstreich hinaus, welchen die Monarchisten selbst angesichts der fortwährenden, durch Hungernot verschärften Innentrisis ablehnen. Vorläufig soll der Rechtsblock regieren, es ist aber fraglich, ob die Mehrheit solange beisammenbleibt, wenn nicht die Finnen derzeit den schwedischen Finnen in der Sprachenfrage Konzessionen machen wollen. Jedenfalls lehnen sie die administrative Zweiteilung ab. Die Monarchisten werfen den Republikanern vor, daß sie unter Einfluß der Entente arbeiten. Tatsächlich sind bei den Linksparteien antideutsche Strömungen bemerklich, die aber fast der Verfassung entstammen, daß Finnlands Selbstbestimmungsrecht in der Monarchiefrage beschränkt werden könnte.

Das polnische Heeresgesetz.

Warschau, 29. Juni. Der Entwurf des polnischen Heeresgesetzes, welcher dem Staatsrat vorgelegt, sieht nach den Blättern aktiven Heeresdienst und Hilfsdienst vor. Die Dienstpflicht beginnt mit dem 18. und endet mit dem 50. Lebensjahre. Der Dienst im lebenden Heere ist zweijährig, so dann Reserve, Landwehr und Landsturm. Hilfsdienstpflichtig (nur im Active) sind alle nicht unter die Waffen Gerufenen vom 18. bis 50. Lebensjahre. Befreit vom Heeresdienst sind die gewählten Kaplanen und Mönche, Pastoren der evangelischen Konfessionen sowie die Vorsitzenden der jüdischen und anderen Kultusgemeinden, Abiturienten der Mittelschulen oder solche, die mindestens sechs Klassen mit Erfolg besucht, können einjährigfreiwillig dienen. Der Staatsrat oder Landtag setzt das jedes Jahr einzuziehende Kontingent fest. Aus den Uebergangsvorschriften sei erwähnt, daß der Dienst in den polnischen Legionen oder anderen polnischen Truppenteilen während des Krieges als Heeresdienst gilt. Die Dienstzeit im russischen Heere wird angerechnet. Russische Reservoffiziere können nach entsprechender ergänzender Ausbildung übernommen werden.

Der Prozeß gegen die polnischen Legionäre.

Warschau, 30. Juni. Am 28. Juni sagte Legionsoberleutnant Gliniecki aus, er habe am 15. 2. den Befehl erhalten, seine Batterie nach Balawa zu verlegen. Vor Balawa habe ihm Legionsführer Nziemblo gemeldet, daß alle Gefährte bis auf eins schon in Balawa seien. Er sei daher nach Rogmann zurückgegangen, um dieses Gefährte besitzigen zu können. Da habe er zwei Automobile bemerkt, aus denen österreichisch-ungarische Offiziere ausgestiegen seien. Die Beschildigung, daß er Untergebene zur Auflehnung aufgezwungen habe, wobei die einschreitenden 1. und 2. Offiziere mit schußfertigen Waffen umstellt und zum Gatten gestanden seien, stellte der Angeklagte in Abrede. Er habe die Aufforderung des Hauptmanns Knapp, nach Suchowersko zurückzukehren, damit beantwortet, daß er dies nicht tun könne, weil er den Befehl seines Abteilungs-kommandanten ausführen müsse. Er vermutete, daß es sich um eine politische Demonstration handle. Dann habe er aber Czernowiz nach Sadagora fahren wollen. In Czernowiz sei er verhaftet und in die Kaserne geführt worden.

In der Verhandlung am 29. 6. wurden alle Offiziere der ersten Feldkanonenbatterie vernommen. Legionsleutnant Anton Wilinski Ostrowski sagte ähnlich aus wie Gliniecki. Er sei gleichfalls unweit Czernowiz mit seiner Batterie von einer starken österreichisch-ungarischen Patrouille umzingelt und verhaftet worden. Dort habe er erfahren, daß die Infanterie zu Mladniki übergeben wolle. Nziemblo habe gesagt, daß bei den Legionären viel über Mladniki gesprochen wurde. Von dem ihm zur Last gelegten Vorhaben will er jedoch nichts wissen.

Skandinavische Ministerkonferenz.

Auf Einladung der dänischen Regierung fand vom 28. bis 29. Juni 1918 in Kopenhagen eine gemeinsame Beratung der dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Norwegens und Schwedens statt. Man stellte vollkommene Uebereinstimmung fest in bezug auf eine Politik unparteiischer Neutralität. Auf der Grundlage bereits gemachter Erfahrungen einigte man sich über einen Versuch, die Mittel für ein gemeinsames handelspolitisches Wirken auch nach dem Kriege ausfindig zu machen. Ferner wurde die Frage einer gemeinsamen Tätigkeit der drei skandinavischen Länder auf dem Gebiet der Sozialpolitik erörtert und eine Klärung des interparlamentarischen Rates führte zu dem Beschluß, Vertreter der drei Regierungen zu ernennen, um die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit zu prüfen.

Man erörterte noch die folgenden Fragen: Bestimmungen über die Einschränkung des Zugangs Fremder in die drei Länder mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der inneren Ordnung, der Ernährung und Unterbringung. Man einigte sich über einen Versuch, entsprechende Maßregeln über die Frage zu treffen, in welchen Fällen Fremde der Steuerpflicht unterworfen werden sollen.

Es handelt sich hierbei um das bei Kriegsausbruch aktuell werdende Problem, die kapitalistischen Elemente zu erfassen, die sich den ungeheuren Steuerlasten, denen die Länder des Krieges ausgesetzt sind, durch Abwanderung entziehen werden.

Der Kampf um den Monte Valbella.

Italienischer Bericht vom 30. Juni. Auf der Hochfläche von Alago, wo der heldenmütige Widerstand unserer Truppen am 15. Juni den Ansturm der an Zahl überlegenen feindlichen Massen brach und wo italienische, französische und englische Truppen der tapferen 8. Armee in täglichem Wett-eifer an Tapferkeit sich im Kampfe verbrühten, lebte der Kampf gestern früh, durch starkes Artilleriefeuer genährt und unterstützt durch Ueberflugsunternehmungen der Artillerie und Truppen, energisch von den Alliierten geführt, wieder auf. Unsere Truppen griffen den Monte Valbella an und es gelang ihnen, ihn dem Feinde nach hartem Kampfe fortzunehmen. Tag und Nacht wurden große Massen des Feindes vergebens zu Gegenangriffen und zum Massenmord dargeboten, wurden aber durch unsere Infanterie zurückgetrieben und durch konzentriertes Artilleriefeuer und durch Kühne Kampflieger mit Maschinengewehren bezwungen. Die eroberte Stellung wurde durch uns heldenmütig gehalten. Wir machten 21 Offiziere und 758 Mann der feindlichen Truppe, die zu vier verschiedenen Divisionen gehörten, zu Gefangenen. Wir eroberten außerdem Kanonen, Mörser und zahlreiche Maschinengewehre. Mehr nach Osten zwischen dem Brenzelo-Tal und der Brenta nahm eine unserer Abteilungen einen starken Stützpunkt und einen feindlichen Beobachtungsposten auf den Südhängen des Sasso Rosso im Sturm und machte dabei zwei Offiziere und 81 Mann zu Gefangenen. Auf dem übrigen Teil der Front führte unsere Artillerie wirksames Stützfeuer aus. Bei Capo Sile brachten uns Patrouillenunternehmungen Gefangene ein.

Der U-Boot-Krieg in der Irischen See. Das unter dem Kommando des Kapitänsleutnants Jek Behende U-Boot hat in der Irischen See und deren Zufahrtswegen drei besonders wertvolle Dampfer von je 5000 bis 6000 Br.-R.-T. Größe versenkt. Zwei dieser Dampfer wurden aus Italien, nach England einlaufenden Geleitzügen herangezogen. Im Ganzen nach neu eingegangenen Meldungen unserer U-Boote: 20 000 Br.-R.-T.

Der Leutnant Bogajew ermordet. Wie die „Brand“ vom 28./18. April 1918 berichtet, soll der berühmteste aller russischen Volkshelden, S. A. Bogajew, kürzlich in Amerika auf Befehl einer Gruppe internationaler Terroristen ermordet worden sein.

Der Petersburger Winterpalast als Minister-Residenz. Der Rat der Kommissare der Petersburger Arbeiterkommune hat beschlossen, das Gebäude des Winterpalastes künftig zur Veranschaulichung von Ministerien und ähnlichen Stellen des Volkes zu verwenden.

Die Ermordung Wolodarskis. Die „Politiken“ aus Petersburg erzählt, teilte dort Ulrichs bei dem Zusammenritt der Sowjets am letzten Sonnabend mit, die Kollige habe sichere Beweise dafür, daß die Ermordung Wolodarskis von Sozialrevolutionären der Rechten mit Unterstützung englischer Gelder organisiert worden sei. Wolodarski wurde am Sonntag unter großen Feierlichkeiten begraben.

Kriegsgericht über die griechischen Offiziere in Otrich. Wie der „Tempo“ berichtet, wird das Kassationsgericht von Athen diese Woche den Fall der griechischen Offiziere in Otrich aburteilen. Der Staatsanwalt verlangt Verhängung der Todesstrafe.

Die vertriebene Autonomie des Peloponnes. Bern, 1. Juli. Vor dem Kriegsgericht von Sparta erschienen zwei Defektive sowie ein ehemaliger Staatsanwalt und ein Oberst, die versucht hatten, vor der Einsetzung der Regierung Venizelos die Autonomie des Peloponnes zu verkleinern. Das Gericht verurteilte sie sowie neun ihrer Genossen zu acht Jahren Zwangsarbeit.

Das Brach der Königin Regentes vergebens gesucht. Amsterdam, 1. Juli. Die Niederländische Telegraph-Agentur meldet aus dem Haag, daß der Seeschleppdampfer „Zeeland“, der am Sonnabendmittag zur Untersuchung des Brachs der Königin Regentes ausgefahren war, vorläufig wieder nach Nieuwe Deep zurückgeführt ist, da man von dem Brach keine Spur mehr entdecken konnte.

Seetreffen an der Küstenküste. London, 29. Juni. Sperr. Die britische Admiralität teilt mit: Am Abend des 27. Juni schickten vier englische Zerstörer, während sie an der belgischen Küste patrouillierten, acht feindliche Torpedobootszerstörer. Unsere Zerstörer führten mit östlichem Kurs und voller Geschwindigkeit und vertrieben den Feind auf großen Abstand in ein Gefecht. Nach einviertelstündigem Kampf ließen drei weitere Torpedobootszerstörer zum Feinde, worauf sich unser Geschwader auf die Hauptfront zurückzog (wörtlich: fell back on their supports). Der Feind folgte nicht und das Gefecht wurde abgebrochen. Keins unserer Schiffe wurde beschädigt.

Ostmarkenpolitik im Verordnungswege.

Ansiedlungsunternehmen Aurland.

Köln, 27. Juni. (W. T. V.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Chef des Generalstabes des Heeres hat, wie die „Politik“-Wochenblätter mitteilen, unter dem 17. Juni eine Verfügung über die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen erlassen, die in großzügiger Weise die Bestiedelung Aurlands anbahnt. Sie hebt hervor, daß, wenn die von Russland jahrelang unterworfenen nachlässigen Mandatsstaaten in den schützenden Kreis des deutschen Wirtschaftslebens treten, das ganze Volk, die Allgemeinheit, den Nutzen davon haben soll. „Volkswohlstand besteht nicht in einer kleinen Zahl von Großkapitalisten, sondern einer möglichst großen Zahl leistungsfähiger, selbständiger, heimischer und heimischer Staatsbürger, die dem Staate das liefern, was er in allererster Linie braucht: Menschen, gesund an Leib und Seele. Solch ein Geschlecht von Siedlern läßt sich nur begründen, wenn

die Spekulation ferngehalten

wird.“ Durch zielbewußte Handhabung der vom Generalquartiermeister und vom Oberbefehlshaber Ost erlassenen Verordnungen sind die gemeinschaftlichen Gefahren der Bodenpreissteigerung zu bannen und einer gesunden Besiedelung des Landes die Wege frei zu halten.

Die vom gleichen Tage datierte Verordnung des Generalquartiermeisters Hahnhorff über diese Landabgabe und Siedelung in Aurland verpflichtet jeden landwirtschaftlichen Rittergutsbesitzer, dessen Gesamtgrundbesitz die Größe von 1000 Posten (gleich 800 Hektar) erreicht, an die Landgesellschaft „Aurland“ als Trägerin des Ansiedlungsunternehmens

ein Drittel seines Gesamtareals,

und zwar für Zwecke der Besiedelung geeignetes Land im Wege des Kaufvertrages zu überlassen. Der Erwerbspreis für die Landgesellschaft „Aurland“ hat dem Friedenspreis des Jahres 1914 zu entsprechen. Die Verpflichtung ist zunächst in dem Umfange zu erfüllen, daß jedes beteiligte Gut 25 Proz. seiner Fläche an die Landgesellschaft „Aurland“ verkauft. Die restlichen 75 Proz. sollen nach Möglichkeit freihändig zum Friedenspreis des Jahres 1914 durch die Landgesellschaft „Aurland“ erworben werden. Die Verordnung gilt auch für die im Herzogtum Aurland gelegenen Fideikomnisse.

Es scheint uns aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, die Frage der Besiedelung in Aurland so faszinierend auf dem Verordnungswege zu erledigen, wie das anscheinend geschehen soll. Die baltischen Baronie sollen ein Drittel ihres Grundbesitzes gegen Bezahlung hergeben, — der Plan einer unentgeltlichen Vergabe, wie sie diese Kreise selber ursprünglich als Dank für die Einbeziehung Aurlands in die deutsche Reichspolizei in Aussicht gestellt haben, ist offenbar als „sozialistisch“ fallen gelassen worden. Sollen aber die Güter bezahlt werden, so ist es doch das Reich, das zunächst mittelbar oder unmittelbar die Gelder dazu hergibt. Daraus ergibt sich ganz von selber Recht und Pflicht des Reichstages, in dieser Sache mitzureden. Aber auch abgesehen vom rein Finanzellen handelt es sich um eine Frage, die für das Geschick von vielen Hunderttausend Reichsangehörigen entscheidend werden kann. Auch deshalb ist eine Ausschaltung des Reichstages bei ihrer Lösung nicht angängig. Schließlich hat die ganze Frage aber noch eine hochpolitische Bedeutung: Es wird hier eine neue Ostmarkenpolitik inauguriert, die mit der preussisch-polnischen Ostmarkenpolitik gewisse Parallelen aufweist. Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist eine scharfe parlamentarische Kontrolle des Unternehmens notwendig.

Die Verfügung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg legt auch noch einige weitere Fragen nahe: Ist die Bodenbesiedelung und der agrarische Großkapitalismus nur in Aurland ein Uebel? Darum werden nicht auch innerhalb der deutschen Grenzgebiete die „gemeinschaftlichen Gefahren der Bodenpreissteigerung“ gebannt, anstatt wie bisher durch eine verfehlte Gesetzgebung gesteigert zu werden? Wird auch bezüglich des ostelbischen Großgrundbesitzes eine ähnliche Maßregel wie in Aurland geplant? Und warum werden Fideikomnisse nur in Aurland angegriffen, während man in Preußen mit immer neuen Schutzbestimmungen ihr entwicklungsfeindliches Wachstum zu stärken sucht?

Kurze Anfrage Nr. 500.

Auch ein Jubiläum.

Haupt- und Stützstellen im Januar 1912 waren vorüber. Neu- und wiedergewählte Abgeordnete rüsten zu neuer Arbeit, zu parlamentarischer Tätigkeit. Die Geschäftsordnung des Reichstages ist nicht mehr zeitgemäß, sie muß geändert werden. Zentrum, Freisinnige, Nationalliberale und Sozialdemokraten verlangen in der Zeit vom 9. bis 15. Februar 1912 durch gesonderte Anträge die Wahl einer besonderen Kommission zur Prüfung und Neufassung der Geschäftsordnung, in welcher vor allem eine Bestimmung enthalten sein soll, durch welche die Stellung „Kurzer Anfragen“ ermöglicht wird.

In der sechsten Plenarsitzung am 15. Februar 1912 bei Gelegenheit der ersten Beratung des Reichshaushaltssetats führt der Abg. Dr. Jund u. a. folgendes an:

Meine Herren, wir wünschen ferner, daß es diesem Reichstag gelingen möge, das Antragsrecht bei Interpellationen einzuführen. Es ist unerträglich, daß der Reichstag sich durch seine eigene Geschäftsordnung gerade bei den wichtigsten Angelegenheiten selbst einen Maulkorb vorbindet. Wir wünschen ferner, daß das Institut der kurzen Anfragen eingeführt werde, die ganz besonders geeignet sind, eine nähere Verbindung zwischen Parlament und Exekutive herzustellen, ein Recht, das um so gleichiger sein wird, wie offen bekannt werden möge, je zurückhaltender und flüchtiger der Reichstag bei Ausübung seines Fragerechtes sein wird. Die Kunst des Fragens in Angelegenheiten namentlich der auswärtigen Politik und die nötige Zurückhaltung bei Ausübung des Fragerechtes muß natürlich gelernt werden. Wir sind aber überzeugt, daß der Deutsche Reichstag das nötige Verantwortlichkeitsgefühl haben wird.

Wie wohnen die kinderreichen Familien?

Wenn man von Wohnungsfragen spricht, so trifft man diese im verkehrten Maße bei den kinderreichen Familien. Die kinderreichen Familien können immer noch über alle Wohnungsnotlagen hinwegkommen. Die kinderreichen Familien dagegen leiden doppelt und dreifach. Nun ist zwar die Zahl dieser Familien in Berlin leider nicht sehr groß. Das ist auch eine Folge des Berliner Wohnungselends. Denn die durchschnittliche Berliner Mietkaufkraft ist eigentlich auf kinderreiche Familien gar nicht berechnet. In den engen Höfen, um die herum sich viele Dutzende von Wohnungen befinden, können Kinder kaum untergebracht werden. Kinder bedürfen einen Auslauf wie die Hühner um den Stall herum. Einen solchen Auslauf bieten die Berliner engen Höfe aber nicht, auf denen außerdem den Kindern der Aufenthalt grundsätzlich noch verboten ist. Wir haben daher in Berlin im Durchschnitt nur noch 2,7 Kinder auf die Familie.

Um so schlimmer sind aber die kinderreichen Familien daran. Diese sind fast wie frische auf trockenes Land gesetzt. Sie können nicht gedeihen. Ihret sich anzunehmen, ist die Hauptaufgabe aller Wohnungsfürsorge.

Leider haben wir aber die Berliner Wohnungsverhältnisse kinderreicher Familien noch keine besonderen Studien. Es sind aber neuerdings über verschiedene rheinische Städte recht gute Beschreibungen der kinderreichen Wohnungen bekannt geworden. Das beste Buch darüber hat Dr. Marie Baum veröffentlicht unter dem Titel „Wohnverhältnisse kinderreicher Familien“, bei Carl Heymann in Berlin. Auch über M. Glöckner, über Köln-Ehrenfeld und verschiedene badische Städte sind recht gute Darstellungen erschienen. Was ist nun das Gemeinsame bei allen diesen Veröffentlichungen? Eins ist durchgehend: Je kinderreicher eine Familie ist, um so weniger kann sie für die Wohnung aufwenden, da in erster Linie Essen und Trinken, Kleider und Schuhe Anforderungen stellen. Die kinderreichen Familien wohnen also nicht ohne weiteres teurer als ihre kinderarmen Genossen, aber entschieden bedeutend schlechter. Die Mietpreise bleiben im Durchschnitt unter ein Fünftel des Einkommens. Dabei müssen kinderreiche Familien das einzelne Zimmer oder dieselbe Wohnung meist noch teurer bezahlen als die kinderarmen. Die Hauswirte lassen sich sehr häufig die zuweilen härtere Abnutzung der Wohnungen und den größeren Kinderlärm besonders bezahlen. Man kann sich also darüber ein Bild machen, wie zusammengepfercht die Kinder in solchen Familien aufwachsen, auf deren Pflanze der Staat doch besonders stolz sein muß.

Besonders überfüllt sind die Schlafräume. Die hauptpolizeilichen Bestimmungen, wonach Schlafräume als überfüllt gelten, wenn noch nicht 10 Kubikmeter Luft auf die Person kommen, sind dabei völlig unzureichend. Rechnet man doch in Gängnissen 20 Kubikmeter Luft auf die Person. Vor allem genügen die Schlafräume nicht, um die Geschlechter auch nur einigermaßen zu trennen. In Düsseldorf sind in dieser Beziehung fast die Hälfte der in Betracht kommenden Wohnungen überfüllt. Auf ein Bett kommen dort 2,5 Personen. In M. Glöckner und Ehrenfeld ist es kaum besser.

Im einigermaßen an Miete zu sparen, sehen sich die kinderreichen Familien gezwungen, in die schlechtesten Wohnungen zu ziehen, die sonst gemieden werden. Sie ziehen häufig die Wohnungen im Innern der Stadt vor, auch wenn sie modernen Ansprüchen nicht mehr entsprechen und oft feucht und sehr stark abgewohnt sind. Dabei werden die Frauen noch von dem Bestreben geleitet, daß sie im Innern der Stadt am ehesten Gelegenheit haben, etwas hinzu zu verdienen.

Die kindergelegneten Familien zeigen sich meist sehr fehsicht. Etwas, was dem großstädtischen proletarischen Wandertrieb durchaus fremd ist. Das sind sie freilich auch nur der Not gehorchend. Sie scheuen das Wohnungselend, weil sie wissen, das bringt recht starke Folterqualen mit sich. Ich kenne das aus Erfahrung. Denn ich habe seit Jahr und Tag recht vielen kinderreichen Familien beim Ansuchen nach Wohnungen ein wenig zu helfen versucht.

In Berlin die Wohnungsverhältnisse der kinderreichen Familien zu studieren, wäre eine sehr dankbare Aufgabe für die zahlreichen studierenden Frauen der Volkswirtschaft. Nur die Berliner Ortskrankenkasse hat unter ihrem verdienten Direktor Albert Schön bisher einiges Material über die überfüllten Wohnungen gesammelt. Das Material bezieht sich aber nur auf die Wohnungen der Kranken. Danach befinden sich beispielsweise im Jahre 1914 33 Proz. der Kranken Männer und 31,65 Proz. der Kranken Frauen in überfüllten Schlafräumen. Das heißt in solchen, die weniger als zwanzig Kubikmeter Luft je Kopf haben. In den meisten Fällen dürften sich die betreffenden Kranken in kinderreichen Familien befinden, wiewohl diese sich am wenigsten dazu eignen. Aber sie sind gezwungen, von ihren knappen Mägen noch das Erdennützlichste zu verkümmern, um die Miete herabzumindern. Die Ortskrankenkasse hat Mägen gezählt, worin 8, 9, 10 und 11 Personen hausen.

Was ist nun zu tun? In verschiedenen rheinischen sowie in badischen und hessischen Städten hat man neuerdings Wohnungsfürsorgevereine für kinderreiche Familien begründet. Dr. Marie Baum hat in ihrer obengenannten Arbeit folgendes Programm für diese Vereine aufgestellt: Wachen auf Verteilung der Räume, Begleitung der Schlafzimmer und Betten, Lüften, Anlage der Aborte, baulichen Zustand des Hauses und Anordnung der Mittel zur Verrichtung häuslicher Verrichtungen. Die Aufsicht hat sich sowohl gegen die Mieter wie gegen die Hauswirte zu richten. Das letztere ist auch deshalb wichtig, weil die kinderreichen Familien sich meist scheuen, gegen die Hauswirte scharf aufzutreten aus Angst vor der Kündigung.

Solche Vereine haben entschieden schon bedeutende Erfolge aufzuweisen. In einem Drittel aller Fälle haben sie durchgreifend geholfen. Sie haben z. B. auch die Kindersterblichkeit sichtlich herabgemindert.

Einen Punkt muß man aber sicher noch hinzufügen, nämlich städtische Mietsbeschränkung, wie das aus einige großstädtischen Gemeinden schon angefangen haben. Das weitgehendste Beispiel liefert in der Beziehung Amsterdam, wo die kinderreichen Familien je nach ihrem Lohn Mietbeschränkung bekommen, und zwar so viel, daß sie auf keinen Fall teurer wohnen als die kinderarmen, und doch viel mehr Zimmer haben. Daneben muß Wohnungsreform im großen gehen. Man muß die kinderreichen Familien in billige Familienhäuser mit Gärten bringen, wie das z. B. auf den 578 Hektar fiskalischen Waldgrundes um Berlin herum geplant ist. Die kinderreichen Familien sind der Stolz und die Zukunft des Volkes. In kinderarmen Familien kann und nicht liegen. Einer der wichtigsten Punkte aber, den Familien Freude an zahlreichen Kindern zu ermöglichen, ist es, ihnen ein Heim zu schaffen, wo sie sich wohl fühlen können.

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders auf den Bahnhöfen, den „Vorwärts“ zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen. Wenn der „Vorwärts“ irgendwo nicht zu haben ist, richte man gütigst eine kurze Mitteilung an „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Groß-Berlin Schieber-Moral.

Wenn du noch was ergattern kannst, wenn's auch verboten ist zumeist — erwirb's und fülle deinen Wanst! Hauptfache ist, daß du gedeihst.

Es ist dir sicher unbeliebt, daß du in Holzspantinen lauffst — drum: wenn dir einer Stiefel schiebt, beeile dich, daß du sie kaufst.

Denn heute kommst du nicht mehr weit, wenn du nach den Gesetzen fragst — verkneis dir die Bescheidenheit, eh du am letzten Gipfel magst.

Greif, was du kannst! Und häng sodann den Wahlspruch über's volle Nest: Zum Lumpen wird der Ehrenmann erst, wenn er sich erwischen läßt!

Paulsen.

Zur Verteilung der Kinderwäsche.

Man schreibt uns: Ob die Groß-Berliner Bindelwoche die in sie gelegten Erwartungen erfüllt hat, ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Wie auch das Ergebnis sein mag, wäre zu wünschen, daß die erlangten Bestände möglichst rationell ausgenützt

Holt Eure Kohlen jetzt

damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.

Kohlenverband Groß-Berlin

und einer möglichst großen Zahl von Kindern bedürftiger Familien zugute kommen mögen. Zu diesem Zwecke sei eine Anregung gegeben, die dem Verfahren der Volksfürsorgezentrale der Stadt P. a. m. entspricht. Dieselbe gibt die Säuglingswäsche nicht geschenkt, sondern leihweise, und zwar auf folgender Grundlage. Die Wäsche wird in der Regel auf 6 Monate gegen eine Grundgebühr und ein monatliches Leihgeld verabsolgt. Ausstattung I und II enthalten je 12 Bindeln, 2 Lächer, 4 Päckchen, 6 Hemden, 4 Unterlagen, 2 Wickelbänder, 4 Nabelbänder, Ausstattung III nur 6 Bindeln, sonst dasselbe. An Frauen, die einen Teil der Kinderwäsche schon besitzen, werden halbe Päckchen auszugeben oder 6-8 Einzelstücke nach eigener Wahl. Die Grundgebühr beträgt 30, 20, 10 resp. 5 M., die monatliche Leihgebühr 6, 4, 2,50 M. resp. 1 M. Wird die Wäsche in gebrauchsfähigem Zustande zurückgeliefert, so wird bis zur Hälfte der Grundgebühr zurückerstattet. — Wir halten den Gedanken dieser Einrichtung für äußerst glücklich. Schon die Möglichkeit, bei frühem Tode des Kindes andere Säuglinge mit der Wäsche versorgen zu können, trägt dazu bei, unsere knappen Wäschebestände zu strecken. Sehr gut ist auch, daß es den Frauen freigestellt wird, statt des ganzen oder halben Päckchens sich durch Auswahl einzelner Stücke die vorhandenen Wäsche zu ergänzen. Der erhebliche Einfluß auf die Frauen, die Wäsche gut zu behandeln, ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Eine Uebertragung dieses Systems auf die in der Groß-Berliner Bindelwoche gesammelten Bestände wäre dringend zu empfehlen. Ob die Höhe der Beträge des hiesigen Verhältnisses entspricht, wäre zu erwägen. Zur Ergänzung möchten wir vorschlagen, die Päckchen nur gegen Bezugscheine und unter der Bedingung auszugeben, daß sie nicht verkauft oder veräußert werden dürfen. Die Wäsche müßte zu diesem Zwecke gestempelt werden. Bei Rückgabe der den Kindern zu klein gewordenen Wäsche müßte dieselbe in größerer umgetauscht werden können oder die Frauen hätten dann bei der Rückgabe eine Bescheinigung zu erhalten, damit sie sich die erforderlichen Bezugscheine für größere Wäsche beschaffen können.

Die Bewirtschaftung der neuen Kartoffelernte in den Groß-Berliner Landkreisen.

Im Kreise Teltow erfolgt die Bewirtschaftung der Kartoffelernte 1918 nach einer gestern in Kraft getretenen Bekanntmachung des Kreisamtes in derselben Weise wie im Vorjahre. Nach dem 1. Juli werden alle in Feld- oder gartenmäßigem Anbau gewonnenen Kartoffeln, und zwar sowohl die für die menschliche Ernährung geeigneten Feld- und Spätkartoffeln wie die für Futter- und technische Zwecke verwendbaren Kartoffeln bei den Kartoffelerzeugern des Kreises zur Verforgung des Kreises Teltow in Anspruch genommen. Die ausschließliche Verforgung des Kreises Teltow mit Kartoffeln wird wiederum der Teltower Kreiswirtschaftsgesellschaft m. b. H. in Berlin übertragen. Von der Verantwortung freigelassen werden die Kartoffeln derjenigen Erzeuger, deren Gesamtanbaufläche kleiner als 200 Quadratmeter ist.

Im Kreise Niederbarnim beginnt mit dem 1. Juli die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln. Durch die Frühkartoffeln soll der Bedarf der Kreisbevölkerung für den Rest des Wirtschaftsjahres bis zum 15. September 1918 gedeckt werden. Die gesamte Frühkartoffelernte des Kreises mit Ausnahme der dem Kartoffelerzeuger zu belassenden Mengen werden für die öffentliche Bewirtschaftung durch den Kreis in Anspruch genommen. Die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Kreise ist ausdrücklich verboten. Die auswärtig wohnenden Kartoffelerzeuger können ihre Ernte nach dem Wohnort befördern, und zwar bis zu einer Anbaufläche von 200 Quadratmeter die volle Ernte, bei einer größeren Anbaufläche ihren Eigenbedarf. Der Erzeugerhöchstpreis beträgt vorläufig 10 M. für den Zentner.

Bessere Obstverteilung.

Man schreibt uns: Die Berliner bekommen kein Obst. Daran ändern die vollen Waggons, die man den Presseberatern gezeigt hat, nichts. Aus ihrem Artikel „Obstverteilung“ geht aber hervor, daß immerhin ein wesentlicher Teil der begehrten Ware in die Hände der Berliner Verwaltung gelangt. Dann geht sie an die Händler. Von da ab ist dann plötzlich alles verschwunden. Das ist nicht wunderbar, denn der Händler verbraucht den einzelnen Korb Kirchen oder Beeren zuerst mal für seine eigene Familie, darüber hinaus aber warten Freunde, Verwandte, gute Kunden, der ebenfalls mal gefällige Gevatter Schlichter, Bäcker, Kurzwarenhändler und Schuhmachermeister auch auf ein paar Pfund Obst. Da bleibt für die große Masse des Publikums natürlich nichts übrig. Wie wäre diesem

Nebelstunde abzuhelfen? Obst ist eine leicht verderbliche Ware, und lange Bekanntschaften? Es ist eine leicht verderbliche Ware, und lange Bekanntschaften, Enttragungen in die Kundenliste, Aufspeichern der Ware, bis für jeden ein Pfund da ist usw., sind hier nicht angebracht. Aber auf folgende Weise ließe die Verteilung sich regeln. Eine Bekanntmachung sagt: Die Nummer . . . der Lebensmittelkarte gilt für ein Pfund Kirchen, Stachel- oder Johannisbeeren. Jeder kauft dort, wo er für Kartoffeln eingetragen ist, gegen Abgabe dieser Marke. Die einzelnen Händler werden beliefert, soweit die Ware jedesmal reicht. Da die Belieferung auf Grund der Kartoffelkundenliste erfolgt, läuft niemand Gefahr, kein Obst zu erhalten. Eine weitere Bekanntmachung erfolgt nicht. Jeder Konsument muß selber aufpassen, wann sein Kartoffelhändler das Obst bekommt. Die betr. Nummer bleibt solange gültig, bis sämtliche Bezirke einmal mit Obst beliefert sind. Ist erst einmal diese Bekanntmachung erfolgt und wird danach verfahren, dann regelt sich der ganze Betrieb von selbst und auch die Händler sparen das Ansehen.

Die Vollmilchkarten

kommen in den nächsten Tagen in den zur Fettstelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Augustkarten bis 17. Juli einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Den Kindern, die nach dem 1. Juli 1917 geboren sind, ist ein Vorzugsrecht derart eingeräumt, daß bis zum 14. Juli einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten zulässig sind. Nach Ablauf dieser Anmeldefrist haben sich die übrigen Milchberechtigten in der Zeit vom 15. bis zum 17. Juli anzumelden. Die Milchkarten dürfen von den Händlern nicht in Gewahrsam genommen werden, sondern verbleiben in Händen der Bezugberechtigten.

In Berlin sind die Vollmilchkarten für August von den Protokommissionen abzuholen, und zwar für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre vom 8. bis 9. Juli, für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre vom 10. bis 11. Juli und für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre vom 12. bis 13. Juli. Jedoch werden denjenigen Haushaltungsvorständen, denen Karten für Kinder verschiedener Altersstufen zugehört, die sämtlichen Milchkarten an einem Tage ausgehändigt. Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung zugeandt. Soweit sie sich bis zu den vorstehend festgesetzten Anmeldefristen bereits in den Händen der Empfänger befinden, ist die Anmeldung ebenfalls innerhalb der Frist zu bewirken. Die nach Ablauf der Frist übersandten Karten tragen den Stempel „Nachanmeldung“ und können jederzeit angemeldet werden.

Den am 1. Juli 1918 und später geborenen Kindern werden im Monat August Nährmittel, und zwar insgesamt bis 1 Pfund gewährt. Die Austeilung der Bezugscheine erfolgt zusammen mit der Ausgabe der August-Milchkarten.

Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Strausberg. Am Sonntag nachmittag ein Zug der Strausberger Kleinbahn in den Bahnhof Vorstadt einfuhr, entgleiste die Maschine und darauf auch die beiden folgenden Wagen. Dabei wurden zwei Fahrgäste aus den bereits geöffneten Türen geschleudert und gerieten unter die Räder: der 17jährige Handwerker Willi Lausche aus Pichtenberg, der sofort tot war, und der 18jährige Arbeiter Gustav Uster aus Berlin, dem beide Beine abgefahren wurden.

Ueber die Kontrolle der vom Heeresdienst Angehörigen gibt eine Bekanntmachung der Berliner Bezirkskommandos im Anzeigenteil dieser Nummer nähere Anweisung.

Kleine Notizen. Im Rahmen der Akademischen Unterrichtsstufe für Arbeiter spricht am Mittwoch, den 3. abends 8 1/2 Uhr, im Museum für Volkskunde, Georgstr. 34/36, der Naturwissenschaftler Engelbert Graf über das Thema: „Kammern — Kindheitsstadien des Menschen“ mit Lichtbildern. — Eintritt 20 Pf. Gabe willkommen.

Steuern. Aus der Gemeindevertretung. Eine neue Luftschar-Steuerordnung wurde beschlossen. Die allein aus der Besteuerung der Kinos statt der bisherigen 20 000 M. pro Jahr 66 000 M. Einnahme bringen soll. Zur Veranschaulichung einer Ausstellung von Mädeln für die minderbemittelte Bevölkerung (hergestellt von der Gesellschaft „Hausrat“) wurden 5000 M. bewilligt unter der Bedingung, daß der hiesigen Tischlerinnung gestattet wird, eine von ihren Mitgliedern hergestellte Wohnungseinrichtung gleichfalls anzustellen. Zur Neupflasterung der Kieker Straße wurden 20 000 M. bewilligt. Damit wird endlich das „geräuschlose“ Straßenpflaster, das vor Jahren aus Rücksicht auf den Gottesdienst in der dort neu erbauten katholischen Kirche hergestellt wurde und das sich stets in einem skandalösen Zustande befand, verschwinden, da nunmehr Steinpflaster gelegt wird. Für Ferienausflüge der Gemeindeführer wurden 900 M. bewilligt. Nach Schluß der Tagesordnung gab es noch eine lebhafte Aussprache über die Lebensmittelpolitik, Gasstrahlengeräte und die Feuerungsanlagen der Volkshochschule. Der letzte Punkt zeigt wieder einmal die „Schulterverwundung“ in Preußen im glänzendsten Lichte. Die Gemeindevertretung sollte beschließen, den Volkshochschulern die Unterschiedsbeträge zwischen der den Lehrern gezahlten staatlichen und der den Gemeindebeamten gezahlten gemeindlichen Teuerungszulage aus Gemeindegeldern zu gewähren. Und was tut die Regierung? Sie verbietet das der Gemeinde, indem sie dem Beschluß die Genehmigung versagt. Die Versammlung protestierte einmütig gegen diese Lehrereinfriedlichkeit der Regierung und beauftragte den Gemeindevorstand, beim Kultusminister in der Sache vorzulegen zu werden.

Neufällen. Ersatz für die ausfallenden Kartoffeln. In dieser Woche dürfen auf die 6 Abteilungen 27a-c der Neufällner Kartoffelernte nur 3 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Auf die 8 Abteilungen 27d-g werden von einem noch zu bestimmenden Tage ab als Ersatz für Kartoffeln auf jeden Abschnitt 50 Gr., zusammen also 400 Gr. Hülsenfrüchte in denjenigen Geschäften abgegeben, bei welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist. Als Ersatz für die etwa nicht zu erlangenden 3 Pfund Kartoffeln können ebenfalls auf die Abteilungen 27a-c je 50 Gr., zusammen also weitere 300 Gr. Hülsenfrüchte bei den bezeichneten Kolonialwarenhändlern entnommen werden. Der Zeitpunkt der Abgabe von Hülsenfrüchten wird noch durch besondere Bekanntmachung veröffentlicht werden.

Reisener. Lebensmittel. Vom 1. bis 6. Juli wird in der Verkaufsstelle Caselerstr. 2 der Verkauf von Eiern fortgesetzt. Auf Abschnitt 26 der aufgeführten Eierarten werden 3 Eier verabfolgt zum Preise von je 38 Pf. — In der Verkaufsstelle Viktorienstraße 24 gelangen Salzheringe zum Verkauf. Als Ausweis sind die allgemeinen Lebensmittelkarten vorzulegen. Auf jede der vorstehend aufgeführten Karten wird 1/2 Pfund Salzheringe verabfolgt. 1 Pfund kostet 1,20 M. Tüten, Einwickelpapier oder bezügliche sind mitzubringen.

Die Mietsteigerungen für den Oktober haben erwiesen, daß die organisierten Hauswirte unter Führung des Schöffen Remis die Vorlage der Mieter ausgenutzt und die Steigerungen nach einem von ihm herausgegebenen „Merksblatt für unsere Mitglieder“ vorgenommen haben. Früher war der ordentliche Preis für eine Zweizimmerwohnung mit 36 bis 38 M. monatlich, die jetzige Steigerung bringt dagegen dieselbe auf 46 bis 50 M. Die Gemeindeverwaltung schiebt über dieses Ziel noch bedeutend hinaus in den von ihr verwalteten Mietsbrauchshäusern; das sind Häuser, die auf früheren Grund und Boden der Gemeinde erbaut sind, in Zwangsversteigerung kommen sollten und, um größere Verluste zu vermeiden, nunmehr von ihr verwaltet werden, zirka 40 an der Zahl.

Der Laubkollonist.

Gartenarbeiten im Juli

Endlich hat das Wetter ein Einsehen gehabt und uns den nötigen Regen gebracht. Und dieser tat so gut und kam gerade noch zurecht, um gute Folgen zu zeitigen. Ueberraschend schnell hebt sich das Wachstum der Kartoffeln und aller Gemüsesorten, und bekommen wir bald auch noch etwas mehr Wärme und weniger Wind, dann ist die Hoffnung auf eine gute Gemüses- und Kartoffelernte wieder etwas wahrscheinlicher. Freilich die zumeist arg zurückgefahrenen Frühkartoffeln können nicht mehr einholen, was sie durch den Frost eingebüßt haben, dazu war er denn doch zu groß gewesen. Darum wird sich auch die Ernte der Frühkartoffeln um mehrere Wochen hinausschieben. Vor Mitte August wird es in diesem Jahre nicht ratsam sein, mit der Kartoffelbuddelarbeit anzufangen. Ja, ich rate ganz entschieden vor dem zu frühen Ernten der Kartoffeln ab, denn dadurch schadet man sich viel mehr, als man gemeinhin annimmt. Reist man die Knollen in unreifem, unangewachsenem Zustande aus der Erde, so beträgt und schädigt man sich selbst. Ein Hinausschieben der Ernte um 14 Tage vermag unter Umständen das Gewicht mehr als verdoppeln. Und das will heute gewiß viel bedeuten. Ueberwindung wird das manchmal sicherlich kosten, aber es gereicht ja zum eigenen Vorteile.

Und was ich hier von den Frühkartoffeln im Besonderen sagte, bezieht sich in gleicher Weise auch auf alles Gemüse im allgemeinen. Ich glaube, unzählige Hausfrauen werden in diesen Wochen schon ratlos vor dem gefassten jungen Gemüse gestanden und nicht gewußt haben, was mit ihm anzufangen. Ich nenne zum Beispiel nur den Kohlrabi und die Karotten, die zurzeit hin und wieder einmal nach jätzeren Hindernissen zu erhaschen sind. Man sehe sich dieses Zeug einmal richtig an, — die Hausfrau tut's ja sowieso — und überlege sich, was übrig bleibt, wenn der Kohlrabi geschält, die Karotten geschält sind. Es lohnt manchmal nicht der Mühe. Sind doch die Kohlrabi oft von der Stärke einer Daumenkuppe und die Karotten von dem Umfang eines abgewaschenen Bleistiftendens. Handelt es sich um gekaufte Ware, dann ist das Motiv verständlich. Blinder, habgieriger Käufer hat hier gewütet. Sehe ich aber, wie so mancher Laubkollonist dabei ist, sein Gemüse herauszureißen, wenn es noch in den ersten Entwicklungsstufen ist, dann könnte ich vor Jörn über solchen Unverstand das Zeug dem Teufel um den Kopf schlagen, damit er aufwacht und endlich begreift, wach unzeitliche Arbeit er mit diesem vorzeitigen Ernten beginnt, welche schwere Schädigung er sich vor allen Dingen selbst beibringt. Darum noch einmal: eile nicht mit der Gemüsernte, laß alles richtig ausreifen, damit alles wohl ausgeht. Rot tut es, daß wir unserm Stückchen Erde soviel in Menge als auch in Güte abringen, als nur irgendwie möglich ist. Und das ist nur dann möglich, wenn wir uns mit Geduld beherrschten können. Gewiß schmecken die jungen, halbentwickelten, grünen Erbsen besser, süßer, als völlig ausgewachsene. Vergleiche man aber den Nährwert dieser zwei Entwicklungsstufen, dann ist der der völlig ausgewachsenen, wenn auch noch nicht ausgereiften Erbsen ein vielfaches höherer, als der des jungen, ungenügsamen. Und auf die Höhe des Nährwertes kommt es heute doch einzig und allein an.

Der Regen hat dem Boden also die nötige Feuchtigkeit gebracht. Hiermit sind die Wurzeln der Gemüsepflanzen fürs erste reichlich versehen. Nun sorgen wir dafür, daß sie die Luft, die sie zu gutem Gedeihen gleich nötig haben, auch erhalten. Zu dem Zwecke müssen wir die Erde sorgfältig lockern, lockern. So tritt die Luft in die Erde, erwärmt sie und begünstigt so noch die guten Folgen der Feuchtigkeit. Es kann gar nicht häufig genug gehätselt werden, besonders im schweren Boden; indirekt wird damit ja auch das Unkraut vertilgt. Denn überall da, wo häufig und gut gehätselt wird, kann sich das Unkraut gar nicht erst entwickeln. Das ist aber selbstverständlich, daß ein Gärtchen auch stets sauber, unkrautfrei sein muß. Ebenso soll auch das Ungeziefer bekämpft werden, von dem zurzeit die Raupe des Kohlweihlings wohl am gefährlichsten ist. Wer jedoch die Mahnung befolgt, alle Kohlarten daraufhin öfter durchsieht und die gelben Eierhäufchen vernichtet, wird auch durch den Fraß der Raupen kaum zu leiden haben. Vorgehen ist auch hier besser als nach-

gesehen. Wenn irgendwie die Möglichkeit geboten ist, Jauche verwenden zu können, tue dies jetzt in ausgiebigster Weise. Alle Kohlarten, Gurken, Kürbis und Tomaten sind sehr erkenntlich für solche Gaben. Auch Sellerie verträgt sie gut. Alle sonstigen Wurzelgewächse, wie Karotten, Petersilie, auch Zwiebeln und alle Hülsenfrüchte, sollen nicht mit Jauche bedacht werden.

So wie die Ernte des Frühgemüses vor sich geht, werden auch wieder Beete zu neuer Bestellung frei. Man möge sie recht ausgiebig aus. Jedes flache Beet wird wieder mit einer Gemüsesart bestellt. Alle Kohlarten, frühe Sorten, können anfangs des Monats noch gepflanzt werden, bis Ende des Monats auch noch Rosen- und Blätterkohl, Kohlrabi, Kohlrüben, Kopfsalat. Karotten werden noch ausgehätselt, und die ersten Aussaaten von Spinat für den Herbstverbrauch erfolgen jetzt. Rote Beete können noch gepflanzt werden. In warmen Tagen, mit warmen, leichten Böden mag man diesmal auch noch am Anfang des Monats Buschbohnen auslegen. Eine gute Bearbeitung späterhin sichert uns noch eine gute Herbsternte, sofern nicht ein allzu strenger Frühfrost und einen Ertrag durch die Reifezeit setzt. Der Liebhaber sorge jetzt durch Aussaat von Winterrettig für den Winter vor.

Die Tomaten müssen beachtet werden; durch regelmäßiges Ausschneiden der Rebentriebe ist für einen kräftigen Haupttrieb zu sorgen, der fortlaufend mit dem Wachstum an den Pfahl gebunden wird. Durch reichliches Gießen in Trockenheit, auch durch Jauchen, ist für stotter Wachstum Sorge zu tragen. Letzteres bezieht sich auch auf die Gurken, denen beim Gießen möglichst luftwarmes, abgestandenes Wasser gegeben werden soll. Nachbarpflanzen, die jetzt mit dem Wachstum nachlassen, sind kräftig zu jauchen, auch zu düngen, damit sie Reiferbestöße sammeln für das nächste Jahr. Reife Stachelbeeren, Perlzwiebeln und Schalotten werden bei trockenem Wetter herausgenommen, zum Nachtrocknen an luftigem, regenreicherem Ort ausgebreitet und später gereinigt. Von Perlzwiebeln und Schalotten werden dabei die kleinen zur Nachzucht für das nächste Jahr ausgepickt und trocken aufbewahrt.

Jetzt, wo die Ernte der Beerenfrüchte und anderen Obstes im Gange ist, muß auf sorgfältiges Pflücken hingewiesen werden. Wie häufig ist zu sehen, daß nach dem Pflücken des Obstes eine Menge Blätter, Triebe und selbst größere Zweige am Boden liegen. Das ist natürlich ganz ungebührlich, da hierdurch Bäume und Sträucher leiden, auch durch Abbrechen des Fruchtholzes die nächste Ernte vermindert wird. Besonders lassen sich Sauerkirschen schlecht pflücken. Man schneidet darum die Früchte mit einer Schere ab. Dies schädigt den Baum und erhält ihm viel Fruchtholz. Kernobst ist bei Trockenheit reichlich zu wässern, zu dicht stehende Früchte sind zu dünnen, wurmfressige abpflücken und in der Nähe zu verwerten oder dem Vieh zu verfüttern. Dasselbe gilt auch für das Fallobst, das unter keinen Umständen liegen darf. Sonst wird das Ungeziefer vermehrt! Ueberhaupt muß beim Obstbaum anbauend noch dem Ungeziefer Ausschau gehalten werden, was sich im kleinen Garten, wo es sich ja meist nur um wenige Bäume handelt, gewöhnlich leicht ausführen läßt. Reich tragende Bäume müssen gestützt werden, um Abbruch zu verhindern. Letzteres tritt auch oftmals ein, wenn bei der Ernte des Obstes in den Ästen jüngerer Bäume herumgeklettert wird. Das sollte natürlich nie vorkommen, denn dazu sind schließlich Leitern vorhanden. Die Gesundheit und Unversehrtheit der Bäume muß stets allem anderen vorgehen. Weinspaltler werden wiederholt gezeugt, die Rebentriebe diesjähriger Reben sind auszuschneiden, wie auch Formobstbäume nochmals des Sommerchnittes durchgesehen werden müssen.

Die Erdbeerernte ist vorbei. Ich schneide nun alles Blattwerk bis an den Erdboden zurück, entferne alles Unkraut und alle Ranken bis auf die, die ich zum Nachpflanzen nötig habe. Dann bringe ich guten, alten Kompost oder verrotteten Dung auf die Beete und wässere durchdringend. So machen die Erdbeeren ein neues, gesundes Land und kräftigen sich für die nächste Ernte.

Den Blumen muß auch etwas Zeit und einige Kosten geschenkt werden. Verblühte Stauden, Rosen werden zurückgeschnitten. Goldblaspflanzen werden gepflanzt, Stiefmütterchen, Bergheimeinicht werden ausgehätselt. Hochwachsende Stauden, Dahlien, Gladiolen müssen angebunden werden. Daß auch rings um die Blütenpflanzen Sauerbitter herrschen muß, ist doch selbstverständlich. Von vorhandenen Sommerblumen bezeichne man die schönsten Mästen und sammle ihren Samen. So bringt der Garten auch seine Freuden mit.

Vom schmerzlosen Gebären.

Dr. Helene Stöder, die Vorläuferin der Weiberverschönerung, veröffentlicht in der „Neuen Generation“ das Ergebnis einer an viele bekannte Frauenärzte gerichteten Umfrage über ihre Erfahrungen mit dem „Dämmer Schlaf“-Verfahren, das zuerst von dem Freiburger Professoren Krönig und Gauß eingeführt wurde. Durch das im Jahre 1904 zuerst in der Praxis angewandte Verfahren werden den Gebärenden mehrere Einspritzungen von Morphinum mit Scopolamin gegeben, worauf sich ein dämmer schlafartiger Zustand einstellt, in dem zwar das Bewußtsein ausgeschaltet wird, die zur Vollendung des Geburtsaktes notwendigen Muskelbewegungen aber nicht zum Stillen gebracht werden, so daß der Wehenschmerz also nicht befreit, sondern nur nicht empfunden wird. Von den 17 Frauenärzten, die sich zu der Frage äußerten, sprachen sich im großen ganzen sieben zugunsten der Methode aus, darunter in erster Linie die früheren Mitarbeiter des inzwischen verstorbenen Krönig, Gauß und Rankow; ablehnend verhielt sich nur Dr. Kirstein (Marburg-Vahn), der die „hohe moralische Bedeutung des Geburtschmerzes“ hervorhebt und aus diesem Grunde nichts von einer Erleichterung der schweren Stunde der Frau wissen will. Die übrigen Beantworter der Umfrage stellen in teils sehr eingehender Weise die von ihnen beobachteten Schäden der Krönig'schen Methode ihrem unzweifelhaften Nutzen gegenüber. Fast alle sind sich einig darüber, daß der Dämmer schlaf nur von besonders geschulten Spezialärzten und möglichst in Kliniken und Einzelzimmern ausgeführt werden kann, so daß es kaum möglich sein wird, auch den ärmeren Klassen seine in vielen Fällen unzweifelhaft großen Erleichterungen zugute kommen zu lassen.

Auf die Frage, ob von der allgemeineren Einführung des Dämmer schlafes eine Steigerung der Geburtenziffer zu erwarten sein werde, lauten die Antworten dabei in den meisten Fällen verneinend. Was die Schädigungen für die Gesundheit von Mutter und Kind betrifft, die beobachtet wurden, so geben die Ansichten noch ziemlich weit auseinander. So spricht Prof. Baum (Berlin) geradezu von einer ungesunden Wirkung auf die Frucht, und auch Dr. Dietrich (Köln) ist der Meinung, daß das Gift unter Umständen schädlich auf das zarte Gehirn des Neugeborenen einwirken könne, während man jetzt dazu gelangt sei, unter Wahrung gewisser Vorsichtsmaßnahmen der Mutter gesundheitlichen Schäden zu ersparen. Prof. Gauß, der den Dämmer schlaf selbst aus der Taufe gehoben hat, äußert sich naturgemäß in sehr empfehlendem Sinne über die Methode. Freilich gibt er auch zu, daß sie eigentlich nur im Krankenhaus gut anwendbar ist. „Das sollte aber“, so schreibt der Freiburger Frauenarzt, „sein Grund zur Ablehnung sein. Im Gegenteil, es hat den Anschein, als ob in der Geburtshilfe jetzt alles auf eine stärkere Inanspruchnahme der Gebäranstalten hinbränge; sollte das nicht zugleich auch Grund und Anlaß sein, die Vorteile des Dämmer schlafes mehr Frauen zuzuführen zu lassen, als es bisher möglich war?“ — Auch Prof. Dr. Stumbach (Lüdingen) gibt sich als Anhänger des Dämmer schlafes zu erkennen. Er schreibt: „Nichtig angewandt, ist er ein großer Segen für die Gebärende. Der Staat und die Gemeinden werden sich nach dem Kräfte sowie entschließen müssen, Entbindungshäuser, Wöchnerinnenheime usw. in größerer Zahl als früher einzurichten. Da wird dann auch der Dämmer schlaf zu seinem Rechte kommen.“

Notizen.

— Theaterchronik. Die Winterspielzeit des Deutschen Theaters beginnt am 1. September. Mit Reichthum „Dresler“ wird als dritte Wägnis der umgebante Jirind Schumann, der voraussichtlich den Roman „Großes Schauspielhaus“ führen wird, eröffnet werden.

— Im Münchener Glaspalast wird auch dieses Jahr eine große Kunstausstellung zu sehen sein, an der alle wichtigsten Münchener Künstlergruppen beteiligt sind. Sie wurde am Montag eröffnet.

— Das neueste schwedische Verkehrsmittel ist der sogenannte „Landströmenzug“. Die erste dieser neuartigen Bahnen, die hauptsächlich für die Beförderung von Bauholz usw. gedacht sind, ist soeben in Betrieb gesetzt worden. Als Lokomotive dient ein Lastauto von 75 Pferdekraften, das vier mit 40 Tonnen beladene Wagen ziehen kann, jedoch nur auf guten Wegen. Als gefährlicher Konkurrenz der Eisenbahn ist dieses langsame Beförderungsmittel nicht anzusehen, sondern nur als eine gute Ergänzung dafür.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

„Blind waren sie! . . . Ich kenne ihn, jedes Jahr schreibt er, wenn die Aprilschneeflocken heranziehen. Lesen Sie's nicht weiter, ich weiß, was drin steht. Bitten um Geld und Verschönerungen, ein Edelmann müsse seine Stammesgenossen unterstützen. Dummkopf! Ins Feuer!“

Und so ging's weiter. Es waren Briefe da von Witwen mit Kindern, ohne Kinder, mit kranken Männern und Müttern, von Waisen, von Leuten, die in der Fabrik versümmelt wurden, von Leuten, die Anstellungen suchten, von Technikern, Ingenieuren, von verschiedenen Erfindern, die Umwälzungen in der Baumwollindustrie versprochen und unterdessen um ein Darlehen nachsuchten zur Beendigung ihrer Studien und Ausföhrung ihrer Modelle; es war sogar ein Liebesbrief dabei, das Geständnis einer früheren Bekannten, die in ihrem augenblicklichen Elend das frühere Glück nicht vergessen konnte.

„Ins Feuer! Ins Feuer!“ schrie er, sich vor Sachen schüttelnd; er wollte die schwulstigen, pathetischen Tiraden, die flehentlichen Bitten und Verschönerungen, die mit dem Ersuchen um ein Darlehen schlossen, nicht mehr anhören.

„Nerven Sie, wie die Leute mich hochschätzen! Wie sie meine Rubel lieben.“

Es waren auch Briefe drunter mit schmällichsten Verschönerungen; Karl hielt inne, er wollte nicht, ob er sie lesen sollte.

„Lesen Sie, die beschimpfen mich, das hab' ich gern, das ist wenigstens aufrichtig, oft sogar amüsanter, wie das andere.“

Karl las einen Brief, der mit den Worten anfang: „Du Räubersführer der Lodzer Diebe“, und eine ganze Etala von Flüchen und Verschönerungen enthielt, von denen die sanftesten lauteten: „Schwein! Schurke! Verbrecher! Blutegel! Gemeiner Hund!“ und mit dem Satz schloß: „Wenn dich Gottes Rache nicht erreicht, dann trifft dich sicher der Menschen Strafe, du elender Hund und Schinder!“

Der Brief trug keine Unterschrift.

„Der hat Humor. Ha, ha, ha! Ein lustiges Vieh.“

„Wissen Sie, Herr Rat, ich hab' genug, es ist mir schon ekelhaft.“

„Lesen Sie. Trinken Sie nur mit vollen Hagen dieses Spülwasser der Menschheit, und weiden Sie sich an dem Menschenpaß, das ist gut zur Ernüchterung. Das gehört zur Lodzer Psychologie und zu Curer unbeholfenen Unfähigkeit.“

„Nicht alle Briefe sind ja von Polen, es sind auch deutsche Briefe da, die Mehrzahl ist sogar deutsch geschrieben.“

„Das beweist eben, daß sie alle von Polen stammen. Ihr habt ein Talent für fremde Sprachen und zur Vettelei, das macht Ihr gut“, sagte Buchholz mit Nachdruck.

Karl schaute ihn mit Augen an, in denen grüne Hornesfunken sprühten und Haß aufblitzte, las aber weiter. Eine Denunziation gegen den ersten Lageraufseher, daß er Ware stehle.

„Geben Sie's mal her, das muß man feststellen.“

Er hob den Brief in die Tasche.

Es waren noch Beschwerden über Meister, Drohungen Entlassener, auch solche Denunziationen: einer hätte von Buchholz gesagt, er sei „ein Schwein mit ausgebrannten Augen“, „ein alter Dieb“. Diese waren mit Bleistift auf feinem Packpapier geschrieben.

„Geben Sie den Brief her, der ist wichtig, ein feueres Dokument, was von mir meine Leute reden.“ Er lächelte verächtlich. „Glauben Sie, daß ich jeden Tag solche Briefe lese? Ja, ha, ha! August macht Feuer damit, dazu allein sind sie gut, diese Biß.“

„Und doch geben der Herr Rat einige tausend Rubel jährlich für verschiedene wohltätige Zwecke.“

„Ich geb' sie, ich geb' sie, weil man sie mir raubstiehlt, weil ich dem Gesindel, um Ruhe zu haben, einen Knochen vorwerfen muß.“

„Das alte Prinzip: Noblesse oblige, heißt heute: die Millionen verpflichten.“

„Ein dummes nihilistisches Prinzip; was schert es mich, daß sie Hungers sterben, mögen sie vor Hunger krepiieren. Stets muß ein Teil der Menschen nichts haben. Mir hat kein Mensch einen Pfennig gegeben, alles mußte ich mir zusammenarbeiten, zusammenverdienen. Warum soll ich heute ändern was geben, wofür? Es soll mir einer nachweisen, daß ich es tun muß. Wenn soll ich denn geben? Den Herren, die ihre Vermögen verpraßt haben. Der Teufel hol' sie. Hier bei euch möchte jeder nehmen, aber keiner will arbeiten. Wäre doch einer von euch hergekommen nach Lodz, wie ich, hätte sich an die Arbeit gemacht, er hätte gerade so wie ich ein Vermögen gemacht. Und warum geschah das nicht? Weil ihr in dieser Zeit bei uns Revolution gemacht habt . . . Ja, ho, ho, ho! Don Quichotten!“ Verächtlich spuckte er aus, gerade auf seine Nase, und lachte lange, in glänzender Laune.

Karl ging im Zimmer auf und ab. Er wollte nicht mehr sprechen. Obwohl alles vor Jörn in ihm zitterte, schwiog er und tat gleichgültig. Buchholz würde er nicht

überzeugen, daß wußte er, und er wollte sich auch nicht mit ihm überwerfen.

Buchholz merkte die Drangsal, die er Borowiecki zufügte, und sagte ihm immer schmerzlichere Sachen. Mit Ueberlegung marterte er ihn. Ein ungewöhnliches Vergnügen machte es ihm, andere zu quälen und die menschliche Seele anzupöbeln.

Er lag fast ausgestreckt im Hauteuil. In dem ständig gefährlichen Feuer, in dem er andauernd herumstarrte, brannten die Beine beinahe an. Das gräuelige Gesicht, in dem die blutigen Augen blickig und höhnisch leuchteten, sah aus wie das einer in Fäulnis übergehenden Leiche. Der runde Schädel mit den Nesten weißer Haare hob sich von dem dunklen Hintergrund des Hauteuils grell ab.

Ohne aufzuhören, spie er mit immer größerer Wut auf alles und geriet alles. Wie ein Gähne sah er aus, der in Lumpen und Fetzen eingewickelt in der Tiefe seines goldenen Tumpels auf Millionen lauert und scheinbar sehr mächtig alle verhöhnt, der Schwäche spottet, den Flehlichen Hohn spricht und die Menschheit verachtet, die sich nicht zu Millionen erheben hat.

Endlich unterdrückte ihn der Lataf mit der Meldung, es sei angerichtet.

Zwei Leute hoben ihn mit dem Hauteuil auf und trugen ihn ins Schlafzimmer, das am anderen Ende des Hauses gelegen war.

„Sie verstehen zuzuhören; Sie sind ein kluger Mensch“, sagte er zu Karl, der dicht neben ihm ging.

„Das war alles sehr interessant, was Sie gesagt haben, es hat mich sehr interessiert, als Materialien zur Pathologie der Millionäre.“ erwiderte er ernst, ihm scharf in die Augen blickend.

„Herr Borowiecki! . . . Wasel nicht!“ brüllte er den Anks neben ihm gehenden Lataf an und schlug ihn mit dem Stock auf den Kopf. „Herr Borowiecki, ich schätze Sie sehr, geben Sie mir Ihre Hand. Wir verstehen uns, wir können gut miteinander auskommen. Sie können stets auf mich rechnen.“

Im Schlafzimmer stand schon Frau Buchholz; als man ihren Namen an den Tisch geschoben hatte, schaute sie ihn auf die Stirn, reichte ihm die Hand zum Kuß und setzte sich ihm gegenüber.

Der Doktor war auch da. Als erster trat er an Borowiecki heran und stellte sich vor.

„Gammerstein, Dr. Julius Gustav Hammerstein.“ wiederholte er mit Nachdruck, sich den großen, flachblonden Bart glättend, der bis tief auf die Brust herabwollte.

(Fortf. folgt.)

Das Institut der kurzen Anfragen wurde nunmehr durch den Beschluß der 54. Plenarsitzung vom 8. Mai 1912 neu eingeführt. Den Reigen der Anfrager eröffnet am 11. Mai 1912 der Abg. Dr. Frank mit folgender kurzen Anfrage:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Holland seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsfahrtsabgaben auf dem Rhein erklärt hat?

Am 14. Mai beantwortet der Kaiserliche Wirkliche Geheimdelegationrat Dr. Lehmann die Anfrage wie folgt:

Ich bin beauftragt, die Anfrage des Herrn Abg. Dr. Frank dahin zu beantworten, daß der Herr Reichskanzler zu seinem Bedauern nicht in der Lage ist, über den Stand der Angelegenheit zurzeit Auskunft zu geben.

(Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Auch zwei Ergänzungsanfragen werden von dem Regierungsvertreter mit nichtsfagenden Worten abgetan, Heiterkeit und Bravo rechts steigerten sich. In der Presse entwickelt sich nach diesem ersten Versuch eine Polemik. Allgemein herrscht aber die Meinung vor, daß die Regierung durch die nichtsfagende Antwort eine Beantwortung grundsätzlich nicht ablehnen will, denn auf eine zweite, von dem Abg. Fischer gestellte Anfrage hat der Staatssekretär Dr. Delbrück eine positive Antwort gegeben.

In der ersten Session der jetzt noch laufenden Legislaturperiode wurden insgesamt 161 kurze Anfragen gestellt, darunter 43 von Sozialdemokraten.

In der zweiten Session eröffneten sechs Zentrumsabgeordnete aus den Rheinbaubezirken den Reigen der Anfrager. Nun folgten die Anfragen in bunter Reihenfolge. Bis zum 24. Juni 1912 sind in der zweiten Session 500 Anfragen gestellt. Den Rekord hat der antimilitaristische Abgeordnete Berner-Hersfeld erreicht, der insgesamt in der zweiten Session 37 Anfragen gestellt, ihm folgen Dr. Müller-Reinigen mit 30, Dr. Heßler mit 24, Wassermann und Dr. Trendel mit je 16, Kumm mit 15, Dr. Liebsch mit 13, Kunert mit 10, Geld und Herzfeld mit je 8, Davidsohn, Dittmann, Dr. Strefemann, Vogtherr mit je 7, Dr. Abiah, Behrens, Dr. Doormann, Rudloff und Stücken begnügten sich mit je 5 Anfragen. 12 Abgeordnete haben je 4, 24 je 3 und 35 je 2 Anfragen gestellt. 80 Abgeordnete waren bescheiden und begnügten sich mit einer Anfrage. 223 Abgeordnete haben das Institut der kurzen Anfragen nicht benützt. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß diese Abgeordneten nicht auch für irgend eine Frage ein Interesse hatten, nicht irgendwie von der Regierung eine Auskunft verlangten. Direkte persönliche Befragung oder schriftliche Anfragen an irgend ein Ressort der Reichsregierung wird noch nach wie vor beliebt, wenn eine solche erbetene Auskunft nicht allgemein interessierende Angelegenheiten betrifft, auch überwiegend von Abgeordneten, die die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Jundt vom 15. Februar 1912 noch im Gedächtnis haben, in welchem er die nötige Zurückhaltung als eine Kunst des Fragens bezeichnete.

In der Sitzung am 5. Juli wird voraussichtlich die von den Abgeordneten Stücken-Scheidemann gestellte kurze Anfrage Nr. 500 beantwortet. Dieselbe lautet:

Der Stellvertretende kommandierende General des II. Armeekorps v. Vietinghoff hat durch eine Verfügung vom 10. Mai 1912 das Halten des „Gewürts“ für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten. Das Verbot ist dann noch auf den in Siedlin erscheinenden „Vollbüchsen“ ausgedehnt worden. Ist dem Herrn Reichskanzler dieses Vorgehen des Generals von Vietinghoff bekannt und ist er bereit, die Aufhebung dieser Verfügung herbeizuführen?

Eine kurze Anfrage stellt das deutsche Volk an seine Vertreter: Wieviel mal werden noch bis Kriegsende kurze Anfragen wegen Handhabung der Zensur, wegen des Belagerungszustandes, wegen der Nahrungsmittelversorgung usw. gestellt werden müssen? wb.

Herr Kopsch als Kühlmannstürzer.

In einer am Sonntag im Landesausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei für das Königreich Sachsen gehaltenen Rede äußerte sich Herr Kopsch, Landtagsabgeordneter Kopsch auch über die Kühlmann-Rede. Er sagte u. a.:

„Unsere Partei ist mit dem Gedankengang der Kühlmann-Rede einverstanden, aber trotzdem meinen wir, daß sie ein Fehler war. Eine Entlassungsrede für England war nicht am Platze, sie steht, wie kaum zu bezweifeln, im Widerspruch zu den Tatsachen. Sie bewirkt auch eine Erschlaffung unseres Willens, durchzuhalten, denn England ist der Staat, der für die Verlängerung des Krieges verantwortlich ist. Der Satz über die Beendigung des Krieges müßte in ganz anderer Form, unmißverständlich, ausgesprochen werden. Der Satz über die mögliche Kriegsbauer hand gleichfalls in unglückseligem Zusammenhang. Die Rede ist, wie ich zu sagen wage, im Einverständnis mit dem Reichskanzler und der Heeresleitung gehalten worden, aber sie haben nicht eine so ungehörige Form gewollt. Die Wirkung der Rede auf das deutsche Volk ist nicht die, die Kühlmann gewollt hat. Wir müßten einig bleiben. Was die Mehrheitsparteien für die Welt bedeuten, wird man erst später erkennen.“

Die alldeutsche Presse nimmt von diesen Ausführungen schmunzelnd und mit Befriedigung Kenntnis. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dagegen, eine solche Auffassung der Kühlmann-Rede sei bisher in fortschrittlichen Kreisen nicht zum Ausdruck gekommen. — Im Anschluß an gewisse Vorgänge in der Reichstagsmehrheit fiel einmal das Wort von den „Wetterfahnen“.

Volksgewollte Abhängigkeiten.

Daß wir in einem der Organe, die seinerzeit das Wort von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ mit Jubel aufgenommen haben, noch ein Klagegedicht über „Abhängigkeiten“ lesen würden, hätten wir kaum geglaubt. Und doch leben wir jetzt die „Kreuzzeitung“ herzerweichend über Abhängigkeiten jammern, die sie freilich nicht für gottgewollt hält. Daß die Reichstagsmehrheit es gewagt hat, etliche Regierungsvorlagen in einigen Punkten zu verbessern, hat es dem konservativen Blatt angetan. Und so klagt es unter dem Titel der „Abhängigkeiten“ folgendermaßen:

Die verschiedenen Geschenkwürfe, die der Verabschiedung harren, haben mehr oder weniger durch den Reichstag ein ganz anderes Bild bekommen, als sie bei der Vorlage durch die Regierung hatten. Nirgends hat es die Regierung gewagt, fest zu bleiben. Grundzüge werden beiseite geschoben, wie altes Gerumpel. Sowohl das Arbeitskammergesetz wie die Vorlage über die Verhältnismäßigkeiten in den großen Reichstagswahlkreisen und nicht zu vergessen das große Steuerprojekt haben Änderungen grundlegenden Art erfahren. Ueberall hat die demokratische Mehrheit mehr oder weniger ihren Willen durchgesetzt und ohne großen Kampf. Noch niemals hat es eine so nachgiebige

Regierung gegeben. Die Mehrheit betrachtet sich als ihr Gläubiger, und die Regierung kommt wie einer, der einmal angefangen hat, Wechsel zu schreiben, aus ihren Verpflichtungen nicht mehr heraus. Diese Dammenschräuben werden der Staatsgewalt ebenso in der auswärtigen Politik angelegt. Hier mag zwar mancher von der Reichstagsmehrheit im Grunde des Herzens anderer Meinung sein als die Maßgebenden dieser Parteilichkeit, aber ihre innerpolitische Abhängigkeit läßt sie sich nicht endgültig freimachen von der kleinlauten Friedensresolution. Letzten Endes ist es also die Sozialdemokratie, von der das Schicksal des Deutschen Reiches abhängig gemacht wird. Denn die inner- und außerpolitischen Abhängigkeiten in der Reichstagsmehrheit selbst beruhen doch auf der Befürchtung, daß die Scheidemann und Genossen eines schönen Tages nicht mehr mittun.

Natürlich arbeitet die „Kreuzzeitung“ bei dieser Darstellung als agitatorischen Gründen mit starken Uebertreibungen. Hinter dem Ganzen aber steht die sehr erklärliche Wut, daß die Konservativen im Reichstag fortgesetzt „das bittere Brot der Minderheit“ essen und alles gegen ihre Wünsche geht. Als die Konservativen noch in der Mehrheit saßen, haben sie selbstverständlich alle Regierungsvorlagen un verändert angenommen und nie versucht, sie nach ihren Wünschen umzugestalten, genau so, wie sie das jetzt im Preussischen Abgeordnetenhaus mit der Wahlrechtsvorlage tun. . . .

Schnelle Hilfe!

Anlässlich der Lubendorffspende ist davon gesprochen worden, daß den Kriegsbeschädigten oft schnellere Hilfe zuteil werden muß, als dies auf dem bürokratischen Weg möglich ist. Daß der Amtsschimmel kein Rennpferd ist, wußten wir längst, aber das sollte doch unmöglich sein, daß ein Kriegsbeschädigter dreimal eine Antwort erhält, wie sie einem Kriegsbeschädigten R. W. in Mainz zuteil wurde. Dieser hatte am 8. und 10. August 1917 ein Gesuch an seine Versorgungsabteilung gerichtet, auf das zunächst jede Antwort ausblieb. Auf dringende Vorstellung hin kam endlich folgender Bescheid auf Postkarte:

Zu J.-Nr. 4040/8 17. C 2 R.
Das Schreiben vom 8. u. 10. 8. 17 betr. höhere Rente befindet sich noch in Bearbeitung.
Kriegsministerium. Rentenabteilung.
J. A.: (Unterschriften).

Diese Postkarte erhielt W. auf je dreimalige, im ganzen dreimal; und liegen die drei Karten im Original vor. Die erste ist datiert vom 18. 1. 18, die zweite vom 25. 3. 18, die dritte vom 13. 5. 18! Also dreiviertel Jahr nach Einreichung des Gesuchs, nach dreimaliger dringender Mahnung nichts als der lakonische Bescheid „noch in Bearbeitung“.

Dabei ist W. bereits seit 19 Monaten (1. Dezember 1916) als d. u. entlassen. Er hat überhaupt noch keine Rente erhalten und das unbeantwortete Gesuch vom 8. und 10. August 1917 ist nicht das erste, sondern W. ist bereits im Januar 1917 um Rente eingekommen.

Auf der Versorgungsabteilung in Mainz wurde W. gesagt, er werde Rente bekommen, das Geld gehe ihm nicht verloren, er solle nur „Geduld“ haben. W., der seit Juli 1917 fast ständig krank und häufig arbeitslos gewesen ist, war inzwischen gezwungen, seine gesamten Habsgüter, Kleider und Wertsachen, zu veräußern. In welcher Gemütsverfassung er sich befindet, ist unschwer zu erraten. Könnte nicht die Bearbeitung solcher Sachen etwas rascher vor sich gehen?

Bestimmte Reise nach Wien. Ueber den Termin einer Wiener Reise des Reichskanzlers steht vorläufig, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, nichts fest.

Verlängerung der Reichstags-Legislaturperiode und Aufwandsentschädigung des Präsidenten. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die abermalige Verlängerung der Legislaturperiode — bis zum 12. Januar 1920 — zugegangen. In der Begründung des Entwurfes wird gesagt, daß die gleichen Gründe maßgebend sind wie bei den früheren Verlängerungen. Es wird vorgeschlagen, die neue Verlängerung wiederum auf ein Jahr auszusprechen, wobei eine frühere Beendigung der Legislaturperiode durch Auflösung vorbehalten bleibt, wenn es die Kriegslage gestattet. — Eine Ergänzung zum Etat sieht 80 000 M. Aufwandsgeelder für den Präsidenten vor.

Die Steuervorlagen im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß begann am Montagmorgen die zweite Lesung der Steuervorlage. Zunächst beriet er den Entwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren. Bei § 2a (Aufhebung der Postfreiheit der fürsten) hat Staatssekretär Rühl, den Beschluß der ersten Lesung rückgängig zu machen und den von ihm angeforderten Gesuchentwurf abzuwarten, der diese Postfreiheit noch erheblich einschneidet. Die nicht zu bestreitenden Auswäse würden durch die angeforderte Vorlage beseitigt. Inzwischen ist ein Antrag auf Streichung des § 2a eingelaufen.

Abg. Eidelund (Soz.) kennzeichnet an einzelnen krassen Beispielen nochmals den bisher mit der Postfreiheit getriebenen Unflug. Wenn jetzt die gelegliche Vereitelung des Privilegs nicht durchzusetzen sei, dann müsse die Einbringung des Postgebührengesetzes die Aussicht geben, daß binnen kurzem

auch mit dem Reste dieses Privilegs ausgedumt werde. Die Streichung des § 2a wird hierauf beschlossen. Die übrigen Bestimmungen der Vorlage werden nach dem Beschluß der ersten Lesung unverändert angenommen. Ein Antrag Meyer-Herford will unter die bevorzugten Postsendungen, die von der Erhöhung des Postos ausgenommen bleiben sollen, auch die vielfältigen Zeitungskorrespondenzen aufnehmen. Der Antrag wird angenommen.

Die Änderung des Wechselstempelgesetzes wird nach kurzer Aussprache in der Fassung der ersten Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs über die Änderung des Reichsstempelgesetzes. Ein Antrag Gothein auf Wiedereinrichtung der Salosteuern in besonderen Fällen wird angenommen. Ein gemeinsamer Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Fortschrittler und der Unabhängigen zu Artikel 6 schlägt vor, den Steuerfuß von 1 vom Tausend auf 2 vom Tausend zu erhöhen, während der Kriegszeit aber auf 5 vom Tausend. Obwohl die National Liberalen der Vereinbarung zugestimmt haben, wendet sich Abg. Kießer dagegen. Abg. Dove (Sp.) bekämpft gleichfalls diese Erhöhung, die ihren Zweck, die wilde Spekulation an der Börse zu unterbinden, nicht erreichen werde. Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) führt diese Spekulation zum Teil darauf zurück, daß die Kurse nicht veröffentlicht werden. Gegen die Erhöhung hat er auch im Gegenfall zu seinen Parteifreunden Bedenken. Staatssekretär Graf Wedderer weist darauf hin, daß eine Ueberspekulation tatsächlich bestehe und eine Erhöhung der Steuerläge durchaus angängig sei. Abg. Bernheim (L. Soz.) ist gegen das Kompromiß. Abg. Reil (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zur Erhöhung, die von Bankleuten als durchaus erträglich bezeichnet werde. Allerdings dürfe der erhebliche Zweck der Steuer nicht in den Vordergrund gestellt werden. Abg. Mayer-Kaufmann (Z.) beantragt für die Kriegsdauer den Steuerfuß von 3, für die Friedenszeit von 1 vom Tausend.

Bei der Abstimmung über den Vermittlungsantrag Mayer-Kaufmann abgelehnt und der gemeinsame Antrag der fünf Parteien angenommen.

Parteinachrichten.

Ein Bezirksparteitag für die obere Rheinprovinz.

Der erste während der Kriegsjahre, fand am 29. und 30. Juni in Köln statt. Er war aus den Wahlkreisen des großen Gebietes zwischen Köln und Saarbrücken gut besucht. Bezirksparteisekretär Joergiebel konnte berichten, daß sich die Organisationen von den schweren Kriegsverlusten zu erholen beginnen. Der Mitgliederstand war in den Jahren 1914: 15 400, 1915: 6280, 1916: 8984, 1917: 8342, am 31. März d. J. aber 6641. Die Parteispaltung hat im Bezirk keinen nennenswerten Umfang angenommen. Nur in Köln hat die U. S. P. eine kleine Organisation. Im ganzen Bezirk ist nicht eine Organisation geschlossen übergetreten. Seit dem 1. April d. J. ist überall ein Wochenbeitrag von 15 Pf. festgesetzt. In den sehr lückalen und meist wirtschaftlich noch wenig entwickelten Gebieten spielt die „Religionsfeindschaft“ der Sozialdemokratie die größte Rolle. Die katholische Geistlichkeit treibt Eile ab. Einzelne Geistliche suchen bei den Unternehmern die Entlassung „roter“ Arbeiter zu bewirken. Troßdem macht die Partei und die Parteipresse gerade in ländlichen Orten überragende Fortschritte. Besonders erfreulich sind die Berichte aus dem bis vor einem Jahre fast ganz unzugänglichen Saargebiet. Die freie Jugendbewegung ist zurzeit nur in Köln und Bonn vertreten. Der Kölner Jugendausflug erhielt im vorigen Jahre 760 M., in diesem Jahre 500 M. aus dem staatlichen Jugendpflegefonds für die Jugendheimen. Irrendwelche Bedingungen wurden an die Bewilligung des Betrages nicht gestellt. Ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Meerfeld leitete eine ausgedehnte

Aussprache über die politische Lage

ein. In den Grundfragen und in der entschiedenen Ablehnung der „unabhängigen“ Taktik herrschte volle Einmütigkeit. Der wachsende Unmut des Volkes über die Verhältnisse im Innern entlud sich aber in einer Reihe von Diskussionen, die die schärfere Auftreten unserer Fraktion im Reichstage und rücksichtslose Anprangerung der Mißstände im Lande und in den besetzten Gebieten forderten. Dringend erhoben wurde der Ruf nach einem Agrarprogramm. Viele Bauern seien für uns zu haben, wenn man ihnen klare Antwort über unsere Stellung zur Landwirtschaft, besonders zu den Kleinbetriebe, geben könne. Eine einstimmig angenommene Entschließung verlangt von der Regierung Abkehr von den jetzigen Methoden und fordert die Fraktion auf, bei einer etwaigen Gesamtentscheidung über die Steuererlasse diese abzulehnen, wenn es nicht gelinge, die volkswirtschaftlichen Massenverbrauchssteuern daraus zu entfernen. Ferner wird die Fraktion ersucht, gegen die neue Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages zu wirken. Man wolle keinen achtjährigen Reichstag. Das Volk sehne sich danach, die Gegner des Versöhnlichkeitsfriedens und des gleichen Wahlrechts vernichtend zu schlagen. In einem ferneren Antrag wird die Fraktion aufgefordert, ihre Bemühungen zur Herbeiführung von internationalen Vereinbarungen gegen die Plünderangriffe außerhalb des Operationsgebietes fortzusetzen. Der Parteitag verlief ohne jeden Mißklang.

Letzte Nachrichten.

Der Zeitpunkt für Verhandlungen.

Genf, 1. Juli. Der Abgeordnete Pressemane verlangt im „Populaire“, daß die amerikanische Hilfe als Argument für die diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges benutzt werde. Der Zeitpunkt für Verhandlungen sei gekommen, da der wirtschaftliche Druck als Kompensation für die Kriegslage verwendet werden könne.

Paßverweigerungsbeileid.

Amsterdam, 1. Juli. Der sozialdemokratischen Zeitung „Het Volk“ zufolge erhielt Troelstra aus London ein von Henderson, Branting, Albert Thomas, Renaudel, Longuet, Dumas und anderen Delegierten der Arbeiterkonferenz unterzeichnetes Telegramm, in dem das Bedauern ausgesprochen wird, daß Troelstra der Reisepaß nach England verweigert wurde und die Delegierten insolge dessen außerstande waren, mit ihm „zur Erreichung des gerechten Friedens, den alle wünschen“ zusammenzutreten.

Hierzu ist zu bemerken, daß Wer eine die Paßverweigerung angreifende energische Debatte und einen ebenso energischen Beschluß des Kongresses der englischen Arbeiterpartei der Draht noch immer nicht berichtet.

Gründung einer kriegerischen Arbeiterpartei in England.

Rotterdam, 1. Juli. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Am Sonnabendabend fand eine Versammlung von Gewerkschaftsmitgliedern des äußersten rechten Flügels statt, in der beschlossen wurde, gegen die Kündigung des politischen Burgfriedens durch die Arbeiterpartei und gegen die allgemeine Haltung von Männern wie Henderson Widerstand zu leisten. Es wurde eine neue Partei gebildet, die nur aus Mitgliedern von Gewerkschaften besteht und keine Kur-Politiker aufnehmen wird. Den „Daily News“ zufolge hat es die neue Partei offenbar auf die Belämpfung der Pazifisten abgesehen und darauf, guten Patrioten wie Roberts ihre Siege in der Regierung zu erhalten. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet, daß es ihm nicht gelungen sei, ein maßgebendes Mitglied der Arbeiterpartei zu entdecken, das der neuen Partei irgendwelche Bedeutung zuschreibt. In der Zeitung der Arbeiterpartei, bei deren Wahl die Gewerkschaften den Ausschlag gaben, seien — um die Terminologie der Franzosen anzuwenden — die Rechts- und Minderheitssozialisten jetzt ungefähr gleich stark, und in der Partei scheine die Minorität allmählich die Oberhand zu erlangen.

Kabinettskrise in der Ukraine?

Aus der Ukraine teilt Wolffs Bureau mit: Am 27. Juni empfing der Hetman eine Delegation des ukrainischen Semstwo-Kongresses, die eine Denkschrift überreichte über die Organisierung der Regierung in der Ukraine. Darin heißt es, daß die Politik des jetzigen Kabinetts Unzufriedenheit und Unruhe im Lande hervorruft, und daß daher ein neues nationales Kabinetts gebildet werden müsse, welches bald die konstituierende Versammlung und den Staatsrat, der noch vor der Versammlung in Tätigkeit treten soll, einsetzen müsse. In ukrainischen Regierungskreisen spricht man von baldiger Kabinettsänderung. Es werden bereits mehrere Kandidatenlisten genannt.

Die spanische Grippe in Danzig.

Danzig, 1. Juli. Die spanische Grippe ist jetzt auch in den Danziger Garnisonslagerten festgesetzt worden. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, ist der Verlauf der Krankheit bisher harmlos.

